Werk

Titel: Miszellen

Ort: Jena

Jahr: 1893

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?345616359_0060|log125

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Miszellen.

XI.

Die Ergebnisse der Domänenneuverpachtungen in Preufsen[1]).

Von Friedrich Grofsmann.

Zur Beantwortung der in letzter Zeit vielfach aufgeworfenen Frage, ob ein dauernder Rückgang des landwirtschaftlichen Gewerbes des Ostens der Monarchie im Gegensatz zu den übrigen Landesteilen anzuerkennen sei können auch die Ergebnisse der preufsischen Domänenneuverpachtungen herangezogen werden.

Dieselben werden seit 1868 alljährlich dem Abgeordnetenhause in Form einer „Nachweisung über die Ergebnisse der anderweiten Verpachtung der ..... pachtlos gewordenen Domänenvorwerke" vorgelegt und als solche in den Verhandlungen des Hauses gedruckt. Die Originale werden im Ministerium für Landwirtschaft etc. aufbewahrt, und reichen bis zum Jahre 1859 zurück.

Ueber den Gesamtpachtzins, welcher jährlich von den Domänen aufkommt, giebt der Etat der Domänenverwaltung (in den Anlagen zum Staatshaushaltsetat) Auskunft. Die hier (unter Kap. I Tit. 3) gegebenen Zahlen sind jedoch nicht ohne weiteres brauchbar. Denn die Specialetats der einzelnen Regierungen, aus denen sich jener Etat zusammensetzt, werden nicht alljährlich neu aufgestellt, sondern für teils drei-, teils sechsjährige Perioden. Die jährlichen Veränderungen werden nur für sämtliche Regierungsbezirke summarisch angegeben. Nun verändert sich aber der Pachtzins in jedem Jahre nicht unbeträchtlich, einerseits durch die Neuverpachtungen, andererseits durch Zuschläge zu dem alten Pachtzins, z. B. für Meliorationskapitalien oder durch Abzüge von denselben, z. B. infolge von Abtretung von Domänenland. Da aber aufserdem die Perioden der einzelnen Specialetats in verschiedenen Jahren beginnen, so ist aus dem jeweiligen Gesamtetat niemals genau ersichtlich, wie hoch sich die Gesamtpacht aller Domänen[2]) bez. die Durchschnittspacht pro ha nutzbarer Fläche beläuft.

---

1) Die folgende, im Frühjahr 1891 verfafste, Abhandlung bildet einen selbständigen Teil einer während des Wintersemesters 1890/91 im Seminar des Herrn Prof. Sering zu Berlin unternommenen Untersuchung. Es war mir möglich für die Arbeit amtliche Materialien zu benutzen.

2) In den Etats sind für die einzelnen Regierungsbezirke regelmäfsig nur die Zahl der Vorwerke angegeben. Wichtiger wäre die Zahl der Pachtungen, da eine einzelne Pachtung oft mehrere Vorwerke enthält, die aber wirtschaftlich eine Einheit bilden.

Für die Erkenntnis der Domänenverwaltung sind von grofser Wichtigkeit die „Berichte des Ministers für Landwirtschaft etc. an Se. Majestät den Kaiser und König über Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung", welche für die Jahre 1878—87 auch hinsichtlich der Domänen publiziert worden sind. Eine sehr wertvolle „Nachweisung von sämtlichen preufsischen Domänenvorwerken, den zu denselben gehörigen Grundstücken und landwirtschaftlichen Betriebsanstalten und von den nach den Etats pro 1. April 1888/89 von diesen Objekten aufkommenden jährlichen Pachtzinsen im Vergleiche zu dem Grundsteuerreinertrage" findet sich in dem jüngsten, 1888 publizierten Band II, S. 90 ff. und zeigt den Stand der Pachtverhältnisse im Dezember 1887. Die Specialtabellen für diese Nachweisung sind von den einzelnen Regierungen an das Ministerium gesandt worden und werden daselbst aufbewahrt. Eine analoge Darstellung der Pachtverhältnisse vom Januar 1891 ist neuerdings eingegangen.

Aus diesem Material ist zunächst ersichtlich, dafs der Domänenbesitz des Staates sich sehr ungleich auf die einzelnen Provinzen bez. Regierungsbezirke der Monarchie verteilt. Wie aus Tabelle I (s. unten) hervorgeht, entfallen gegenwärtig von 809 Pachtungen mit 341 773 ha nutzbarer Fläche und einem Gesamtpachtzins von 14 018 575 M. (ohne Zugänge), die der Staat überhaupt besitzt, auf die östlichen Provinzen 437 Pachtungen mit 237 174 ha nutzbarer Fläche und 6 604 691 M. Pachtzins, auf die westlichen Provinzen dagegen, zu denen Schleswig-Holstein und Sachsen mitgerechnet sind, 372 Pachtungen mit 104 599 ha nutzbarer Fläche und 7 413 884 M. Pachtzins.

Der Osten hat also über die Hälfte aller Pachtungen des Staates, sowie über $^2/_3$ der gesamten verpachteten Fläche und trägt fast die Hälfte des gesamten Pachtzinses. Ferner hat er in jedem Regierungsbezirke eine gröfsere Anzahl von Pachtungen aufzuweisen — nur in den Regierungbezirken Danzig und Liegnitz 8 bez. 6. Dagegen fehlen in der wichtigsten Provinz des Westens, der Rheinprovinz, Domänen gänzlich, ebenso wie im Regierungsbezirk Osnabrück; ganz unbedeutend ist auch der Domänenbesitz in den Provinzen Schleswig-Holstein und Westfalen.

Bei einer so ungleichen Verteilung zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen sind demnach die Ergebnisse der Neuverpachtung der Domänen an sich wenig geeignet zu einer Gegenüberstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens der Monarchie im Gegensatz zu denen des Westens, sondern sie können nur in Verbindung mit den anderen Untersuchungen, deren eines Glied die vorliegende bildet, eine allgemeinere Bedeutung beanspruchen.

Seit einer Reihe von Jahren pflegt sich im Abgeordnetenhause gelegentlich der Besprechung des Domänenetats eine Debatte über die Resultate der Domänenneuverpachtungen zu entspinnen. Von der rechten Seite des Hauses werden dieselben als Belege für die Notlage der Landwirtschaft angeführt, die Linke dagegen hat diesen Resultaten entweder gar keinen Wert beigemessen oder sie als Beleg für die gegenteilige Behauptung verwendet. Nach Ausweis von Tabelle II hat sich bisher stets bei den Neuverpachtungen — mit Ausnahme der Jahre 1888 und 1889 — ein Ueberschufs der Mehrergebnisse über die Mindererergebnisse herausgestellt.

Indessen haben die Gesamtresultate der Neuverpachtungen der einzelnen Jahre nur eine sehr beschränkte Bedeutung für die Kenntnis der allgemeinen Lage der Landwirtschaft. Denn nicht nur ist die Zahl der Pachtungen, die jährlich zum Ausgebot gelangt, eine verschiedene, sondern es kann auch durch wenige aufsergewöhnlich günstige Neuverpachtungen trotz vieler ungünstiger Verpachtungen ein günstiges Gesamtresultat herbeigeführt werden, und umgekehrt. Nur dann können die Pachtergebnisse eine allgemeinere Bedeutung beanspruchen, wenn man dieselben in den einzelnen Regierungsbezirken für eine Reihe von Jahren verfolgt.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist Tabelle III [1]) zusammengestellt. Sie zeigt die Neuverpachtungsergebnisse in den einzelnen Regierungsbezirken — nach der Reihenfolge des Etats — für die Jahre 1859—1890 bez. in den neuen Provinzen für die Jahre von 1868—1890.

Aus dieser Tabelle geht zunächst hervor, dafs — mit Ausnahme der Reg.-Bez. Magdeburg, Merseburg, Hildesheim und Hannover — bei den Neuverpachtungen an Stelle der bis dahin regelmäfsigen Ueberschüsse fast ebenso regelmäfsig seit dem Ende der 70er Jahre [2]) Minderergebnisse sich zeigen. Es fällt dies um so mehr auf, weil die Tabelle bis 1859 zurückreicht und deutlich zeigt, dafs in den vorhergehenden Jahren nur sehr vereinzelt und aus besonderen, meist leicht erklärlichen, Ursachen der neue Pachtzins hinter dem alten zurückgeblieben ist. Nur in den Reg.-Bez. Stralsund, Kassel und Wiesbaden ist der Rückgang der Pachtpreise schon seit längerer Zeit bemerkbar [3]), in den anderen Regierungsbezirken dagegen wird er — und zwar überraschend gleichmäfsig [4]) — erst seit dem angegebenen Zeitpunkte allgemein.

Ein ähnliches Bild zeigen auch naturgemäfs die Gesamtergebnisse der Domänenneuverpachtungen, wenn man, wie in Tabelle II, Minder- und Mehrergebnisse voneinander sondert. Es läfst sich deutlich erkennen, dafs mit dem Jahre 1879 eine ganz auffällige Steigerung der Mindererergebnisse beginnt. Denn dieselben betragen 1879 bei 45 Pachtungen ca. 43 500 M. gegen ca. 16 300 M. bei 48 Pachtungen im Vorjahre. Und wenn auch die letztere Ziffer in den vorhergehenden Jahren überschritten

---

1) Tabelle III konnte wegen Raummangels nicht abgedruckt werden. Die nachfolgenden Erläuterungen werden auch ohnedem verständlich sein, zumal da die Belege für die Zahlenangaben meist in den Anlagen zum Staatshaushaltsetat der betreffenden Jahre zu finden sind

2) Es ist hierbei wie auch im folgenden zu beachten, dafs die Neuverpachtungen in der Regel in dem Jahre vor demjenigen, innerhalb dessen die letzte Pachtperiode stattfindet (also dem im folgenden Text angegebenen) stattfindet.

3) Ueber die Gründe hiervon s. unten.

4) Der dauernde Rückgang — nur dieser ist berücksichtigt — beginnt im Reg.-Bez.:

Königsberg	1879	Gumbinnen	1878
Danzig	1880	Marienwerder	1879
Potsdam	1879	Frankfurt a/O.	1878
Stettin	1878	Cöslin	1879
Posen	1880	Bromberg	1878
Erfurt	1881	Lüneburg	1882
Stade	1880	Aurich	1881

wurde, so beträgt doch das stärkste Minderergebnis bis 1878 nur ca. 27 800 M. (1875), während ca. 27 500 M. nach 1878 nur einmal (1885) und zwar als das relativ geringste Minderergebnis erscheint, welches in den anderen Jahren stark überschritten wird.

Ein solcher allgemeiner und plötzlicher Rückgang der Pachtpreise mufs aber einen allgemeinen Grund haben, und es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, dafs derselbe in der landwirtschaftlichen Krisis zu finden ist, die seit dem Ende der 70er Jahre sich allenthalben fühlbar zu machen beginnt.

Diesem Schlufs gegenüber, der angesichts der Tabellen II und III sich von selbst zu ergeben scheint, mufs es auffällig erscheinen, dafs fast in allen Regierungsbezirken, auch da, wo der Rückgang im allgemeinen ganz unverkennbar ist, bei einzelnen Pachtungen Pachtsteigerungen eingetreten sind und solche sogar in manchen Provinzen fast ununterbrochen bis zur Gegenwart fortgedauert haben. Dies ist auch der Grund, weshalb das finanzielle Gesamtergebnis der Domänenneuverpachtungen im allgemeinen bisher ein so günstiges gewesen ist.

Es liegt nahe, zu fragen, ob und durch welche besonderen Verhältnisse jene Mehrergebnisse veranlafst sind. Eine Antwort auf diese Frage ist nur dadurch möglich, dafs man die einzelnen Pachtungen untersucht und dabei zugleich feststellt, inwieweit der Rückgang der Pachtpreise auf speziellen Ursachen beruht.

Hiernach läfst sich — in Verbindung mit den obengedachten beiden Nachweisungen vom Dezember 1887 und Januar 1891 über die Pachtverhältnisse der Domänen — die nachfolgende Erläuterung zu Tabelle III geben:

Im Reg.-Bez. Königsberg sind in der Periode von 1879—1890 21 Pachtungen neuverpachtet worden, allein nur bei 4 derselben hat sich eine Steigerung des alten Pachtzinses ergeben. Und zwar beruht derselbe bei Kobbelbude (1885) vor allem darauf, dafs hier durch die gute Verbindung mit einer Zuckerfabrik in Tapiau der Zuckerrübenbau ermöglicht schien[1]). Auch in dem günstig gelegenen Wandlaken (1880) werden Zuckerrüben gebaut, hauptsächlich aber befindet sich hier eine blühende Pferdezucht. Bei den anderen beiden Domänen (Voigtshof 1888, Taplaken 1890) werden die wesentlichen Kulturverbesserungen, die dieselben in der letzten Pachtperiode durch Ausführung notwendiger Bauten und Drainierungen erhalten, als Ursachen des günstigen Licitationsresultates bezeichnet.

In auffälligem Gegensatze hierzu stehen die Pachtresultate im Reg.-Bez. Gumbinnen. Hier beginnen die Minderergebnisse schon ein Jahr früher als im Reg.-Bez. Königsberg, aber die Mehrergebnisse überwiegen: im ganzen sind 36 Domänen zum Ausgebot gelangt, nur 11, also noch nicht ein Drittel, haben ein ungünstiges Resultat erzielt.

Der Grund hiervon mag zum Teil darin liegen, dafs die masurischen Domänen in früherer Zeit wegen der Abgelegenheit des Landes verhältnis-

1) 1887 und 1890 wurden hier allerdings — nach Ausweisung der Nachweisungen für 1887 und 1890 — keine Zuckerrüben mehr gebaut.

mäfsig wenig gesucht waren und daher niedrig verpachtet werden mufsten. Andererseits haben die Drainierungen in der letzten Pachtperiode günstig gewirkt. Von grofser Bedeutung für die Ertragssteigerung ist namentlich die Brennerei gewesen, um so mehr, als gutes Kartoffelland fast überall vorhanden ist. Es verdient Beachtung, dafs gegenwärtig im Reg.-Bez. Königsberg auf 28 Domänen nur 2, dagegen im Reg.-Bez. Gumbinnen auf 40 Domänen 17 Brennereien entfallen.

Die bei weitem gröfsten Pachtsteigerungen haben übrigens diejenigen Domänen eingebracht, die zu Anfang unseres Jahrhunderts sehr niedrig an die Remonteverwaltung verpachtet waren und erst in neuerer Zeit eine Aenderung in ihren Pachtverhältnissen erfuhren. So haben an dem günstigen Resultat der Neuverpachtungen von 1880 (9831,99 M.) Rogaischen mit 4679,12 M. und Sperling mit 4902,77 M. bei weitem den Hauptanteil, 1881 hat Neuhoff-Ragnit allein 22 075,39 M. Mehrpacht aufzuweisen. Auch 1879 beträgt die Mehrpacht bei Jurgaitschen 7398,34 M.; der Rest von 6339,90 M. entfällt auf 5 Pachtungen, die bisher im Privatpachtbesitz waren.

Im Reg.-Bez. Danzig hat der Zuckerrübenbau auf den Domänen des Dirschauer Kreises, die 1881 pachtlos wurden, den Einfluſs des Sinkens der Preise aller landwirtschaftlichen Produkte nicht zu paralysieren vermocht, zumal da die Pachtpreise schon bei Beginn der letzten Pachtperiode stark in die Höhe getrieben waren. Auch die anderen Domänen sind beträchtlich in ihrem Pachtwert gesunken; nur Pogatken (1880) bildet eine Ausnahme, die sich vor allem auf den bedeutenden Brennereibetrieb zurückführen läfst.

Dagegen sind die Pachtsteigerungen im Reg.-Bez. Marienwerder Anfang der 80er Jahre im wesentlichen der Zuckerrübenkultur zu danken. So in Kunzendorf (1880), Osterwik (1881), Seehausen, Taubendorf (1882), Pappau, Steinau (1883) und Lippinken (1884).

Die auffällig hohe Steigerung bei Kunzendorf erklärt sich aufserdem daraus, dafs diese Domäne zuletzt 1856 zum Ausgebot kam und damals in völlig verwahrlosten Zustand sich befand, so dafs sie sehr niedrig abgegeben werden mufste. In Taubendorf ist bereits 1887 ein Rückschlag gegen den 1882 allzuhoch getriebenen Pachtzins eingetreten; in Althausen (1890) und Schötzau (1887) sind die Minderergebnisse durch denselben Umstand veranlafst. Bei den anderen Domänen, deren Neuverpachtung finanziell ein ungünstiges Resultat ergeben haben, werden Zuckerrüben überhaupt nicht oder nur in geringem Umfange gebaut.

Im Reg.-Bez. Potsdam ist es die Nähe bez. bequeme Eisenbahnverbindung mit Berlin, welche für einige Domänen eine intensive Milchwirtschaft und Viehzucht und infolgedessen trotz der überall fühlbaren ungünstigen Konjunktur eine Pachtsteigerung ermöglicht hat. Dies gilt besonders von Berge, Lietzow (1882), Alt-Landsberg (1881), Dahlem und Buchholz (Kreis Angermünde) (1883). Den gleichen Vorteil bietet die Nähe von Prenzlau für Grunow (1884). Der Mehrertrag von Hammer (1881) ist durch den Minderertrag bei der Neuverpachtung (1888), die durch den Konkurs des alten Pächters notwendig wurde, nur zum Teil wieder aufgewogen worden. Alle diese intensiv bewirtschafteten Domänen

haben, mit Ausnahme von Lietzow, Brennereien, Grunow eine Stärkefabrik, während die meisten anderen neuverpachteten Domänen ein landwirtschaftliches Nebengewerbe nicht betreiben. Zuckerrübenkultur wird in Grunow, Berge und Lietzow in gröfserem Mafsstabe, sonst nur unbedeutend gepflegt.

An der Pachtsteigerung des Jahres 1890 (1751,14 M.) hat Zehdenik den Hauptanteil (1684,15 M.) und zwar, wie es scheint, infolge der erheblichen Verbesserung des Absatzes, die durch die Neueröffnung der Löwenberg-Templiner Bahn herbeigeführt wurden.

Im Reg.-Bez. Frankfurt beginnt der dauernde Rückgang der Pachtpreise eigentlich erst mit dem Jahre 1882, es hatten sich auch bis dahin die Getreidepreise dort relativ hoch gehalten. Allerdings sind auch gerade die besten Domänen des Bezirkes, insbesondere die des Oderbruchs, meist noch im Anfange der 80er Jahre zum Ausgebot gelangt. Das Mindererergebnis bei Bischofssee (1879), sowie bei Sablath-Billendorf (1878) scheint hauptsächlich durch die Abtretung gröfserer Flächen von dieser Domäne bei der Neuverpachtung herbeigeführt worden zu sein; mehr macht sich der Einflufs der ungünstigen Konjunkturen bei der Neuverpachtung von Neuendorf (1879) geltend. Von 1883 werden dann allgemein die Mindererergebnisse überwiegend. Die späteren Pachtsteigerungen sind im wesentlichen, wie die des Reg.-Bez. Potsdam, auf die gute Lage und bequeme Verbindung mit Berlin bez. Frankfurt a. O. und Breslau zurückzuführen. So bei Tornau (1883), Quartschen, Nieder-Ullersdorf, Alt- und Neu-Mahlisch und Wittstock (1884 und 1885). Auch bei Neudamm wird hervorgehoben, dafs es die „Milchversorgerin" der gleichnamigen Stadt sei.

Die Pacht von Quartschen war zu hoch und ging daher schon im nächsten Jahr wieder herunter. Allzuhohe Steigerung der Pacht — allerdings hier im Anfange der 70er Jahre — ist auch der Grund des Pachtausfalles bei Krienitz (Kreis Lebus, 1890) gewesen, trotzdem hier der Zuckerrübenbau mit Erfolg und in grofser Ausdehnung betrieben wird. In Seelow mufste der Rübenbau, der früher hohe Erträge lieferte, wegen des Sinkens der Zuckerpreise beträchtlich eingeschränkt werden. Daher sank auch der Pachtwert der Domäne (1887). Aufserdem hat sich hier, wie in Carzig und Clofsow (1887), der Rückgang der Spirituspreise empfindlich bemerkbar gemacht.

In dem Reg.-Bez. Stettin verdanken Lindenberg und Nerdin (1882 und 1883) die Ertragssteigerung wesentlich den Aussichten, die beide für den Anbau von Zuckerrüben boten. Bei Heidgen, Hofdamm und Colbatz (1884) wird die Kulturverbesserung in der letzten Pachtperiode hervorgehoben. Burow (1884) hat eine günstige Lage und befindet sich ebenfalls, besonders durch den Betrieb einer Brennerei, in gutem Kulturzustande; nach Ausweis der Nachweisung vom Januar 1891 werden hier gegenwärtig auch Zuckerrüben gebaut.

Seit 1884 hat nur noch die Neuverpachtung von Grammentin (1889) ein günstiges Ergebnis erzielt; dasselbe ist dem Umstande zuzuschreiben, dafs einerseits für derartige kleine Pachtobjekte von geringem Umfange und sehr guter Bodenbeschaffenheit, die kein allzugrofses Kapital zur Ueber-

nahme erfordern, auch bei ungünstigen Zeitverhältnissen noch immer Bewerber zu finden sind, andererseits die beiden Bestbietenden durch persönliche Rücksichten veranlafst waren, ihre Gebote über den bisherigen Pachtzins hinaus zu steigern.

Für die Ausfälle an Pachtzins bei 18 Pachtungen seit 1877 ist — abgesehen von dem hier, wie allenthalben den Ausschlag gebenden Sinken der Getreidepreise — das Sinken der Schaf- und Wollpreise, sowie der Spirituspreise nicht ohne Bedeutung gewesen. Auch die Syrupfabrik auf der Domäne Aschersleben hat neuerdings ihren Betrieb wegen zu geringer Rentabilität eingestellt.

Im Reg.-Bez. Köslin wird ebenfalls betont, dafs die Ertragsfähigkeit der Schafzucht stark zurückgegangen ist, auch dürfte auf das konstante Fallen des Pachtwertes — von 15 Domänen, die seit 1878 ausgeboten wurden, haben nur zwei, Galow und Schützenhof (1885), Mehrergebnisse aufzuweisen — der Umstand Einflufs geübt haben, dafs Brennereien auf diesen Domänen gänzlich fehlen.

Die einzige bedeutende Pachtsteigerung, bei Galow, ist wohl hauptsächlich auf den Wunsch des alten Pächters, die Pachtung zu behalten, zurückzuführen. Die Mehrpacht bei Schützenhof beträgt nur 38 M.

Sehr auffällig sind die Neuverpachtungsergebnisse in dem Reg.-Bez. Stralsund. Dieselben zeigen einen konstanten Rückgang seit dem Ende der 60er Jahre.

Die Ursachen hiervon sind sehr verschiedenartig. Vor allem machte sich in Neuvorpommern schon frühzeitig ein Rückschlag gegen die enormen Pachtsteigerungen im Anfange der 60er Jahre geltend, da die Getreidepreise bereits gegen Ende der 60er Jahre zurückzuweichen begannen, und zudem schlechte Ernten noch die Lage der Landwirtschaft verschlimmerten. Es kam hinzu, dafs die Schafzucht, wie in ganz Pommern, immer weniger lohnend wurde. Auferdem aber waren die Verpachtungsbedingungen bis zum Jahre 1882 für den Reg.-Bez. Stralsund härtere, als für die anderen Regierungsbezirke des Ostens, insbesondere hatten die Pächter sämtliche Baulasten zu tragen.

Schliefslich ist, ähnlich wie in Köslin, zu berücksichtigen, dafs auf den neuvorpommerschen Domänen keine Brennerei sich befindet [1]), auch die klimatischen Verhältnisse nicht besonders günstig sind [2]).

In neuerer Zeit treten freilich die allgemeinen Ursachen, die den Pachtrückgang überall bedingen, auch im Reg.-Bez. Stralsund mehr und mehr in den Vordergrund, es ist auch ganz unverkennbar, dafs gerade seit dem Beginn der Depression die Minderergebnisse stark zugenommen haben. Denn es sind von 1866—78 insgesamt 61 Domänen neuverpachtet, davon 36, also 59 % mit günstigem Resultat, dagegen 1879—90 54 Domänen, davon aber nur 8, also 14 % mit günstigem Resultat.

Diese wenigen Mehrergebnisse sind vor allem den kleineren Pachtungen, wie Prützmannshagen (98 ha), Vietlipp (194 ha) und Kl.-Zetel-

1) Vergl. die Rede des Ministers Lucius im Abg.-Haus 1884. Stenogr. Ber. XV, 2, S. 162.

2) Vergl. Berichte an den König für 1884/87, Bd. II, S. 9.

witz (91 ha) zu danken, weil solche kleine Pachtungen zur Uebernahme wenig Kapital erfordern und daher vorherrschend gesucht werden. Die Mehrpacht bei Glashagen (1886) beträgt nur 56 M. Gersdin (1886), Giesekenhagen (1889) und Schwinge (1887) verdanken die Steigerung ihrer relativ günstigen Lage. Die weitaus höchste Pachtsteigerung, bei Hof Carrin mit 4687,90 M. (1886) beruht darauf, dafs hier zwei Parzellen seit 1786 ohne Erneuerung des Pachtkontraktes im Privatpachtbesitz gewesen waren und nun vereinigt zum Ausgebot gelangten.

Im Reg.-Bez. Posen sind es ebenfalls, die relativ kleinen Pachtungen, wie Forbach, Wanglau (1881), auch Deutschhof (1880), die trotz des Darniederliegens der Landwirtschaft noch Steigerungen der Pachtzinse aufzuweisen hatten.

Dagegen stellte sich bei der 944 ha umfassenden Domäne Mühlingen, die 1880 noch sehr hoch verpachtet wurde, die Pacht nach wenigen Jahren als übertrieben heraus.

Bei Güldenau und Joachimsfeld scheinen die erheblichen Kulturverbesserungen, insbesondere die Drainage, auf die Steigerung des Ertrages (1882 bez. 1886) vorteilhaft eingewirkt zu haben. In Joachimsfeld werden Zuckerrüben in grölserer Ausdehnung gebaut, aufserdem noch in Strumin und Trebisheim (1882 bez. 1888), wo freilich trotzdem der Pachtzins erheblich zurückging.

Ueber die allgemeinen Ursachen dieses Rückganges mufs man zu folgenden Schlüssen kommen. Wie bei fast allen Domänen dieses Verwaltungsbezirkes, die in den 1860er Jahren zur Neuverpachtung gelangten, so ist auch hier das günstige Ergebnis der sich damals geltend machenden lebhaften Konkurrenz zu verdanken. Infolge der letzteren wurde das seiner Zeit der Ausbietung zu Grunde gelegte Pachtgelderminimum von 12 000 M. um 3870 M., d. h. um mehr als ein Drittel überboten. Es war dies die Zeit, in der die Landwirtschaft bei hohen Preisen aller ihrer Produkte vorzugsweise zu prosperieren begann, in welcher die Erträge derselben bei niedrigen Löhnen und einer kaum fühlbaren Abgabenlast die Rentabilität der Pachtung steigerten, und damit auch die Nachfrage nach solchen zu einer besonders lebhaften gestalteten.

Im Gegensatze hierzu ist seit einer Reihe von Jahren ein stetiger Rückgang zu verzeichnen, der auch darin seinen Ausdruck gefunden hat, dafs bei Neuverpachtungen in diesem Bezirk selbst dann sich keine Konkurrenz zeigte, wenn die Pachtgelderminima der früheren Pacht gegenüber entsprechend herabgesetzt waren. Insbesondere aber mufste das konstante Sinken der Preise die Lage derjenigen Pächter nachteilig beeinflussen, die unter wesentlich anderen Verhältnissen in die Pacht eingetreten waren.

Die Depression hat sich übrigens auch hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nebenprodukte, wie Spiritus und Wolle, fühlbar gemacht.

Im Reg.-Bez. Bromberg wurden seit 1878 11 Domänen pachtlos. Bei der Neuverpachtung ergab sich nur in drei Fällen ein günstiges Resultat. In Nischwitz (1878) ist das Mehrergebnis dem Zuckerrübenbau zu danken, auch in Jägerndorf war der Grund der, dafs sich dem neuen Pächter Gelegenheit bot, für eine in der Nachbarschaft errichtete Zucker-

fabrik Rüben zu bauen; ähnliche Verhältnisse scheinen in Gonsawa (1883) bei der relativ starken Konkurrenz mitgewirkt zu haben. Dagegen hat in Waldau, Gr.-Morin und Hohenberg, den einzigen Domänen des Bezirks, die aufser den genannten noch Rübenkultur treiben, trotzdem ein Rückgang des Pachtzinses stattgefunden.

Schönfelde, das 1879 noch scheinbar günstig verpachtet wurde, erlitt bei der neuen Verpachtung, die schon 1888 notwendig wurde, einen Ausfall von 2556 M., der die frühere Mehrpacht von 1511 M. beträchtlich überstieg.

Für den Reg.-Bez. Breslau ist der Zuckerrübenbau von noch weit gröfserem Einflufs gewesen als im Reg.-Bez. Bromberg. So schon 1882 bei Tschechnitz, das aber aufserdem noch durch seine günstige Lage in der Nähe von Breslau begünstigt ist. Vor allem aber bei den fruchtbaren Domänen des Nimptscher Kreises, Brockguth, Grögersdorf, Kraschau, Rotschlofs, Poseritz und Tiefensee, die sämtlich 1883 pachtlos wurden. Gleichzeitig mit ihnen kamen auch drei Domänen aus dem Kreise Neumarkt zur Licitation, Heidau, Gr.-Saabor und Nimkau. Auch auf diesen wird Zuckerrüb enkultur getrieben, aufserdem wurden sie deshalb beträchtlich gesteigert, weil die letzte Pachtperiode 24 Jahre gelaufen war und bei den letzten Verpachtungen die landwirtschaftlichen Konjunkturen in jener Gegend sehr ungünstige, die Pachterlöse daher sehr niedrige gewesen waren.

Nach 1883 finden sich Ertragssteigerungen von Breslauer Domänen noch 1885 und 1887: 1885 bei Schmograu und Herrnstadt, die ebenfalls bisher nur niedrig verpachtet waren, 1887 bei Skorischau, welches eine der gröfsten Domänen des Bezirkes bildet und sich durch intensive Viehzucht auszeichnet.

Ueber das Sinken des Pachtwertes sagt eine amtliche Quelle:

„Trotz des durch die Drainierung wesentlich verbesserten Kulturzustandes ist nicht an eine Erhöhung des Pachtzinses, sondern eher an eine Ermäfsigung zu denken. Auf diese weisen nach den hier gemachten Beobachtungen die wohl auf unabsehbare Zeit eingetretene Preisreduktion für fast alle landwirtschaftlichen Produkte, die grofse Schwierigkeit des Absatzes der Produkte, die allmähliche aber stetige Steigerung der Lohnsätze für Gesinde und Arbeiter, die seit einigen Jahren ins Leben getretene und noch bevorstehende Arbeiterversicherung, endlich die hohen Kommunal- und Kreisabgaben mit fast zwingender Notwendigkeit hin.

Seit 1882 ist das Getreide z. B. mehr als um 25 % seines Verkaufswertes gesunken, Fettvieh und Mastvieh ist ebensoviel billiger geworden und läfst den Landwirt, wenn er es nicht rechtzeitig auf den Markt und zum Verkauf bringen kann, auch noch des geringen Gewinnes verlustig gehen. Auch die Milch ist zurückgegangen. Dazu kommt, dafs der Zwischenhandel, der in unglaublicher Weise auf die Preise der Produzenten drückt, sich nicht umgehen läfst, so dafs der ohnehin kurze Verdienst noch weiter geschmälert wird“ [1]).

Der allgemeine Rückgang zeigt sich auch bei den wenigen (4) Neu-

1) Diese Klage über den Zwischenhandel findet sich nur vereinzelt.

verpachtungen im benachbarten Reg.-Bez. Liegnitz (1888). Die Steigerung bei Kl.-Waltersdorf (1881) ist ganz unwesentlich (47 M.)

Günstiger dagegen sind die Neuverpachtungsergebnisse im Reg.-Bez. Oppeln. Meist liegen aber auch hier besondere Verhältnisse den Pachtsteigerungen zu Grunde.

Schmeifsdorf (1879), sowie Ratsch und Soppau (1882) sind durch Zuckerrübenbau ausgezeichnet, Neuhoff (1885) besitzt, in der Nähe einer aufblühenden Stadt, Kreuzburg, den Vorteil einer günstigen Lage, die es ermöglicht dafs auf der Domäne eine intensive Milchwirtschaft betrieben werden kann.

In Proskau erklärt das sehr hohe Mehrergebnis, 36618,32 M. (1881), sich daraus, dafs die letzte Pachtperiode seit 1845 lief und das betreffende Gut nicht an einen Privaten, sondern an ein Staatsinstitut (die frühere landwirtschaftliche Akademie) verpachtet war. Ebenso ist bei Bodland (1887) in Betracht zu ziehen, dafs diese Domäne seit 1863 verpachtet war, aufserdem ist sie durch eine Brennerei und starken Viehstand begünstigt. Das letztere gilt auch von Scharnowanz (1886), das zudem noch in der Nähe von Oppeln liegt.

Im Reg.-Bez. Magdeburg ist es der Zuckerrübenbau, welcher die ganz aufserordentlichen, hohen Pachtsteigerungen bewirkt hat. In einzelnen Fällen sind dieselben zu sehr übertrieben gewesen. Hieraus erklärt sich der starke Ausfall bei Wanzleben und Etgersleben (1881 und 1882), sowie bei Cochstedt und Egeln (1888); bei den beiden letzteren hat sich auch der Rückgang der Zuckerpreise seit 1884 bemerkbar gemacht.

Charakteristisch ist jedoch, dafs die sämtlichen übrigen Domänen, die mit einem Minderergebnis verpachtet wurden, solche sind, in denen der Zuckerrübenbau überhaupt nicht oder nur in ganz geringem Umfange betrieben wird — so in Bürs, Galm, Jerichow (1887) und Werben (1889) — oder als unlohnend hat wieder aufgegeben werden müssen — so in Hagen und Bergzow (1890). Diese Domänen sind, wie die der östlichen Provinzen, auf den Getreide- und zwar vorzugsweise den Roggenbau angewiesen, auch sämtlich in den östlichen Kreisen der Provinz gelegen; es kann nicht auffallen, dafs sich bei ihnen das Sinken der Getreidepreise am entschiedensten bemerkbar macht.

In gleicher Lage befinden sich nur noch die Domänen Arendsee, Finerode und Osterburg. Die erstere ist seit 1870 an die Remonteverwaltung verpachtet, der Pachtvertrag von Finerode ist 1884 auf 12 Jahre verlängert worden, weil hier eine Moordammkultur vorgenommen werden soll, nur Osterburg ist 1890 zum Ausgebot gelangt und hat einen beträchtlichen Ausfall am bisherigen Pachtzins aufzuweisen.

Von dem Reg.-Bez. Merseburg gilt fast durchgängig das Gleiche, wie von dem Reg.-Bez. Magdeburg. Der wesentliche Grund der Ertragssteigerungen liegt in der intensiven Kultur des Rübenbaues. Das Sinken der Zuckerpreise hat sich hier, wie dort, namentlich in den letzten drei Jahren, bemerkbar gemacht, es wird dabei aber betont, dafs nicht blofs der Zucker, sondern auch sämtliche anderen landwirtschaftlichen Produkte, besonders auch Getreide und Wolle, im Preise zurückgegangen sind.

Wiederum ist es interessant, diejenigen Domänen zu betrachten, auf

denen kein Zuckerrübenbau stattfindet; es sind dies: Clöden, Gorrenberg, Krauschütz, Lichtenberg und Strohwalde. Von diesen sind die beiden letzteren in der hier betrachteten Zeit nicht zur Neuverpachtung gelangt, auch Gorrenberg ist 1883 ohne Licitation prolongiert worden. Bei Clöden und Schwensal aber hat sich (1888) ein starker Ausfall am Pachtgeld ergeben. Nur Krauschütz hat ein Mehrergebnis aufzuweisen und zwar ist dasselbe vor allem den Verdiensten des alten Pächters um die Domäne, die er erheblich in ihrer Kultur gehoben hat, zu verdanken; übrigens fand das Ausgebot schon 1879 statt.

Im Reg.-Bez. Erfurt haben die mit einem Mehrergebnis neuverpachteten Domänen Kleinfurra und Nohra (1887) ebenfalls durch den Zuckerrübenbau an Ertragsfähigkeit gewonnen.

Die Ursachen des hohen Mehrergebnisses bei Günzerode 1883 lag im wesentlichen in der langen Dauer und der erheblichen Verbesserung der Pachtung seit 1847. Der Ertrag war übrigens überschätzt, wie sich bei der Neuausbietung (1888) zeigte.

Bei den übrigen Domänen scheint der Pachtausfall — abgesehen von der Krisis der Landwirtschaft, die hier, wie anderwärts, die Hauptrolle spielt, in der nicht genügenden Berücksichtigung der Eigenart der klimatischen Verhältnisse in den Gebirgsgegenden seinen Grund zu haben. Auch macht sich der Rückgang der Schafzucht geltend.

In den Reg.-Bez. Hannover und Hildesheim ist es, wie in der Provinz Sachsen, durchgehends der Zuckerrübenbau, dem sämtliche Domänen die Pachtsteigerungen zu danken haben. Dabei wird aber auch hier bei der Festsetzung der Pachtgelderminima regelmäfsig das allgemeine Sinken des Preises aller landwirtschaftlichen Produkte in Betracht gezogen.

In Hannover findet sich — abgesehen von Wittenburg (1890), wo exceptionelle Verhältnisse vorlagen [1]), — im letzten Decennium nur eine Pachtung, auf der keine Zuckerrüben gebaut werden; es ist bezeichnend, dafs hier der alte Pächter sich in der durch Konkurrenz zu hoch getriebenen Pachtung nicht zu halten vermochte und die Pachtung demnächst mit nicht unbeträchtlichem Verlust für den Fiskus (3185,22 M.) in andere Hände überging.

Die Rückgänge bei Niedeck (1883), Weddingen (1889) und Bilderlahe (1890) im Reg.-Bez. Hildesheim sind wesentlich als Rückschläge gegen die Ueberspekulation, die die Pachtpreise wegen des Zuckerrübenbaues jener Domänen früher zu hoch getrieben hatte, aufzufassen. —

In scharfem Gegensatze zu den südlichen, durch Zuckerrübenbau begünstigten Regierungsbezirken Hannovers stehen die nördlichen, in denen sich Domänen vorfinden. Die Pachtungen sind hier meist kleine Bauernwirtschaften — in Ostfriesland Domanialplätze genannt — in der Regel auf Getreidebau und Viehzucht angewiesen. Wenn auch ein grofser Teil derselben auf sehr fruchtbarem Marschboden gelegen ist, so macht sich doch bei ihnen auch der Einflufs der landwirtschaftlichen Krisis unver-

1) Auf der Domäne befand sich früher eine Brennerei, die kurz vor der Neuverpachtung abbrannte und nicht wieder aufgebaut wurde.

kennbar geltend: auch bei ihnen beginnt der allgemeine Rückgang der Pachtpreise bei den Neuverpachtungen seit dem Ende der 70er Jahre [1]).

In Lüneburg wird schon 1880, konstatiert dafs die Pachtlust „infolge der ungünstigen Ergebnisse des landwirtschaftlichen Gewerbes in der dortigen Provinz erheblich abgeschwächt ist", und in der That sind auch bei den wenigen Pachtungen, die im letzten Decennium ausgeboten sind, mit Ausnahme von Marienthal (1881) die Pachtpreise konstant gesunken, während sie doch vorher fast ununterbrochen gestiegen waren.

Die gleiche Erscheinung findet sich auch im Reg.-Bez. Stade: das letzte Decennium steht hier ebenfalls in scharfem Gegensatz zu der früheren Zeit, in der nur 1872 und 1874 ein geringer Ausfall an Pachtgeld ersichtlich ist.

Nicht anders ist es im Reg.-Bez. Aurich. Auch hier sind in der Zeit von 1868—77 nur vereinzelt 1872 und 1875 Minderergebnisse bemerkbar, dagegen seit 1881 — in der Zwischenzeit sind keine Domanialplätze pachtlos geworden — überwiegt der Rückgang mehr und mehr. Es ist dabei beachtenswert, dafs derselbe erst in den letzten Jahren auffällig stark zugenommen hat. Denn von 1881—86 erzielten von 48 Neuverpachtungen noch 29 ein Mehrergebnis, drei blieben unverändert, dagegen von 1886—90 sank der Pachtpreis bei 21 Plätzen, 2 blieben unverändert, nur bei 7 Plätzen ist das Resultat ein günstiges. Die Steigerungen der Pachten im Jahre 1887 bei 3 Domanialplätzen sind aber sehr unwesentlich, sie belaufen sich insgesamt auf 50,86 M.; bei dem Dornumer Vorwerk (1886) und Harsweg (1890) fand eine ziemlich starke Konkurrenz der Pachtliebhaber statt, bei Harsweg insbesondere, weil der Hauptreflektant den Platz wegen der Nähe der Stadt Emden für seinen Viehhandel sehr nötig brauchte, auch beim Dornumer Vorwerk hat die günstige Lage in der Nähe von Emden wohl einigen Einfluſs auf die Licitation geübt.

Wie sehr auch hier die Pachtungen im allgemeinen unter dem Druck der ungünstigen Preise leiden, zeigt folgende Bemerkung anläfslich der Neuverpachtung von „Rote Scheune" (1886):

„Die Klagen der fiskalischen Pächter (in den ostfriesischen Marschen) über die Höhe des Pachtzinses sind allgemein und sie versichern fast ausnahmslos ihr Unvermögen, den gegenwärtigen Pachtzins in der neuen Pachtperiode in gleicher Höhe weiter zu zahlen. Berücksichtigt man das Sinken der Getreidepreise und den Umstand, dafs der geringe Umfang der Pachtungen der Ausdehnung der lohnenderen Viehzucht Schranken setzt und den Betrieb landwirtschaftlicher Nebengewerbe verbietet, so wird man diesen Klagen nicht schlechtweg jede Berechtigung absprechen dürfen."

Im Reg.-Bez. Kassel findet der Pachtrückgang in den 70er Jahren vor allem darin seine Erklärung, dafs unter preufsischer Herrschaft auch die preufsischen Pachtbedingungen eingeführt wurden, welche gegen die früheren hessischen erhebliche Verschärfungen boten. Vor allem hatte früher der Fiskus die volle Baulast, sowie die Versicherungs- und Kom-

1) Da die Regierungen die Pachtungen unter 4500 M. Pachtertrag in der Regel selbständig verpachten können, so ist über die meisten der hier in Rede stehenden Pachtungen nur wenig aus den Akten zu ersehen. — Für Ostfriesland gelten besondere Pachtbedingungen.

munallasten zu tragen, von denen jetzt die ersteren zum Teil, die letzteren ganz auf den Pächter überwälzt wurden. Auch mufste nunmehr, was bisher nicht geschehen war, der Pächter beim Abzug die Vorräte an Stroh und Dünger unentgeltlich, die an Heu blofs gegen Vergütung der erweislichen Werbungskosten zurücklassen.

Aufserdem aber haben zu den Pachtausfällen noch andere Gründe mit beigetragen:

Die Wirtschaftsunkosten, besonders die Löhne sind stark gestiegen, hingegen ist die Rentabilität der Schafzucht durch die Ablösung der Weideberechtigungen infolge der Separationen stark gesunken, endlich hat die Besteuerung des Branntweins den früher sehr zahlreichen, kleineren Brennereien erheblichen Abbruch gethan. So wird schon gelegentlich der Neuverpachtung von Maberzell (1880) konstatiert, dafs durch die derzeitigen, für die Landwirtschaft ganz besonders ungünstigen Konjunkturen die Nachfrage nach bäuerlichem Grundbesitz aufserordentlich gemindert sei [1]).

Wenn trotzdem noch eine Reihe von Pachtungen auch in den folgenden Jahren nicht unbeträchtliche Mehrergebnisse gebracht haben, so erklärt sich dies im wesentlichen daraus, dafs dieselben durch gute Lage und hohe Kultur begünstigt waren. So die Domänen in der Nähe von Kassel, Fasanenhof (1885) und Rothwesten (1889), Johannesberg (1889) in der Nähe von Fulda, Viehhof (1888) in der Nähe von Frankfurt a. M., Kinzigheimerhof und Wilhelmsbaderhof bei Hanau (1881).

Alle diese Domänen treiben eine sehr intensive Milchwirtschaft, aufserdem bauen sie meist in gröfserem oder geringerem Mafse Zuckerrüben. Das letztere ist auch die Hauptursache gewesen für die gewaltige Steigerung bei der Neuverpachtung von Wabern (1890).

Auch Burghasungen, Rüdigheimerhof (1885) und Rodenberg (1888) ragen durch sehr intensive Bewirtschaftung hervor. Die beiden letztgenannten Domänen zählen zu den besten des Bezirks; auf ihnen werden ebenfalls Zuckerrüben gebaut.

Welche grofse Rolle überhaupt auch im Reg.-Bez. Kassel die Zuckerrübenkultur spielt, läfst sich am besten wohl daraus ersehen, dafs von den 15 von 1879—1890 pachtlos gewordenen und mit einem Mindererergebnis neuverpachteten Domänen 7, nämlich Wilhelmsthal (1879), Winne (1885), Netra, Immichenhain (1886), Rückerode (1888), Wolkersdorf und Germerode (1889) überhaupt nicht, die anderen fast alle nur in relativ geringem Umfange Zuckerrüben bauen.

Beberbek (1881) hat bei seiner Neuverpachtung nur scheinbar einen Mehrertrag von 247,16 M. ergeben, denn es wurde ein Grundstück mit der Domäne vereinigt, von dem bis dahin ein Pachtzins von 1440 M. eingekommen war.

Auch im Reg.-Bez. Wiesbaden ist der Rückgang des vorletzten Decenniums im wesentlichen durch die Aenderungen der Pachtbedingungen herbeigeführt. Namentlich hat die veränderte Verteilung der Baulast —

1) In der Periode von 1868—78 wurde bei den pachtlos gewordenen Domänen nur in 21 von 59 Fällen (35 %) bei der Neuverpachtung ein Minderergebnis erzielt, dagegen von 1879—90 in 15 von 28 Fällen (53 %).

der Pächter trug früher nur die kleineren Reparaturen, die sog. Inquilinitäten — auf die Pachtlust lähmend gewirkt. Allerdings sind zum Teil auch die Konkurrenzverhältnisse eigenartig, da sich für die kleinen Bauernhöfe im Taunus in der Regel nicht viele Pachtliebhaber finden, zumal im Herzogtum Nassau Pachtbesitz überhaupt nur selten ist.

Jedoch wird besonders in der jüngsten Zeit, z. B. bei den Neuverpachtungen für 1888, der Rückgang der landwirtschaftlichen Bodenrente nachdrücklich betont.

Die beiden einzigen Pachtungen, auf denen in gröfserem Umfange Zuckerrüben gebaut werden, sind Mechtilshausen und Kleinschwalbach. Die erstere Domäne gelangte schon 1874 zum Ausgebot, die letztere wurde 1879 pachtlos und erzielte bei der Licitation eine starke Steigerung des Pachtzinses. —

Aus der vorstehenden Uebersicht geht zunächst hervor, dafs die zahlreichen Pachtsteigerungen bei den zwischen 1879 und 1890 erfolgten Neuverpachtungen fast durchgehends auf individuelle Verhältnisse zurückzuführen sind.

Solche sind aber teilweise verhältnismäfsig zufälliger Natur, wie z. B. lange Dauer der letzten Pachtperiode oder der Wunsch des alten Pächters, die Domäne zu behalten, wenngleich speziell das letztere Moment bei mancher Licitation mitwirken mag, ohne sichtbar hervorzutreten.

Meist sind es besondere Vorzüge einer Pachtung, durch die ihr Ertragswert gesteigert wird.

Vor allem sind diejenigen Domänen, auf denen der Zuckerrübenbau betrieben werden kann, ein aufserordentlich begehrtes Pachtobjekt gewesen. An der enormen Ausdehnung, den Hand in Hand mit der Rübenzuckerfabrikation der Zuckerrübenbau in den letzten 25 Jahren in Deutschland genommen hat, haben die Domänen starken Anteil. Die Resultate dieses Aufschwungs sind dem Fiskus natürlich erst nach Ablauf der letzten Pachtperiode — bei der überwiegenden Anzahl der Domänen 18 Jahre — zu gute gekommen und spiegeln sich in den oft ganz aufserordentlichen Mehrergebnissen der „Zuckerdomänen“ wieder.

In den Reg.-Bez. Marienwerder, Magdeburg, Merseburg, Hannover, Hildesheim, zum Teil auch in Erfurt, Breslau und Oppeln ist der Rübenbau die einzige oder doch die wesentliche Ursache der vielfach glänzenden finanziellen Ergebnisse der Neuverpachtungen in jenen Gegenden gewesen, aber auch in anderen Regierungsbezirken: Königsberg, Potsdam, Stettin, Posen, Bromberg, Kassel und Wiesbaden ist unverkennbar, dafs gerade die Domänen mit rübenfähigem Boden unter denen sind, die trotz des allgemeinen Darniederliegens der Landwirtschaft noch prosperiert haben.

In zweiter Linie sind die Pachtungen in der Nähe gröfserer Städte vielfach gesteigert worden. Es läfst sich dies namentlich in den Reg.-Bez. Potsdam, Frankfurt a. O. und Kassel, aber auch im Reg.-Bez. Oppeln und in den Zuckerdistrikten wahrnehmen. Der Vorzug der guten Lage besteht vor allem darin, dafs die Milchwirtschaft auf solchen Domänen stark gepflegt werden kann, hinzu kommt der bequeme Absatz aller übrigen landwirtschaftlichen Produkte, vielfach auch natürliche Fruchtbarkeit. Schliefslich ist überhaupt zu beobachten, dafs diejenigen Domänen, auf denen eine

intensive Wirtschaft betrieben wird, namentlich — abgesehen vom Zuckerrübenbau und der Milchwirtschaft — durch den Betrieb von Brennereien oder anderer landwirtschaftlicher Nebengewerbe, sich noch immer in ihrem Ertragswerte gehoben haben. Es dürfte doch kaum Zufall sein, dafs gerade in den Reg.-Bez. Königsberg, Stralsund und Köslin, im Gegensatz zu den benachbarten Reg.-Bez. Gumbinnen bez. Stettin [1]) sich fast nur Rückgänge zeigen; auch in Ostfriesland wird der Mangel landwirtschaftlicher Nebengewerbe als ein Hauptmoment des Niederganges hervorgehoben.

Die Intelligenz und die Kapitalkraft der Pächter ist naturgemäfs hier von grofser Bedeutung.

Man kann demnach im ganzen sagen, dafs die Domänenpacht trotz der allgemeinen landwirtschaftlichen Depression da noch gestiegen ist, wo eine intensive Kultur der Pachtung ermöglicht war. Insbesondere ist dabei die Bedeutung der landwirtschaftlichen Nebengewerbe für die Rentabilität des Betriebes sehr hervorgetreten.

Um so schärfer wird hierdurch der allgemeine Rückgang der Pachtpreise seit 1878 illustriert. Denn jene Pachtungen, deren Wert noch gestiegen ist, sind vorzugsweise die durch Lage und Bodenverhältnisse begünstigten; wo solche natürliche Vorzüge fehlen und nicht aufsergewöhnliche Umstände eintreten, da ist selbst bei tüchtiger und sorgfältiger Bewirtschaftung der Pachtwert stark gesunken.

Dafs die Ursache hiervon im wesentlichen — Ausnahmen finden sich selbstverständlich manche — in der landwirtschaftlichen Krisis zu suchen ist, geht nicht nur aus der bereits hervorgehobenen, aus den Tabellen II und III ersichtlichen Thatsachen des allgemeinen und plötzlichen Rückganges der Pachtpreise hervor, sondern es wird auch anderweit bestätigt. Insbesondere geht dies auch daraus hervor, daß die ungünstige Lage der Landwirtschaft in der Regel bei Neuverpachtungen, besonders bei der Festsetzung des Pachtgelderminimums, auch für die an sich guten Pachtungen Berücksichtigung findet.

Dabei ist vielfach betont, dafs die Krisis durch das Sinken des Preises aller landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere auch von Wolle, Spiritus, Stärke und Zuckerrüben, andererseits durch das Steigen der Produktionskosten, namentlich der Arbeitslöhne und der Steuern, sehr verschärft worden ist und diese Umstände Pachtausfälle auch bei Domänen in sehr günstigen Verhältnissen hervorgerufen haben.

Unverkennbar aber hat die Zahl der mit einem Minderergebnis neu verpachteten Domänen allmählich eine beträchtliche Steigerung erfahren. Denn es sind von 1879—1890 pachtlos geworden im ganzen 531 Domänen. Bei der Neuverpachtung haben 7 den alten Pachtzins wieder gebracht. Von den übrigen 524 sind in der ersten Hälfte jener zwölfjährigen Periode 261, in der zweiten 263, also fast die gleiche Anzahl neu verpachtet worden. Während aber in der ersten Hälfte, von 1879—84, nur 106 Pachtungen = 41 % ein Minderergebnis aufweisen, zeigt sich von 1885—90 ein ungünstiges Resultat bei 162 Pachtungen = 61 %.

1) Vergl. oben die Angaben bei den einzelnen Regierungsbezirken.

Es ist dies auch psychologisch sehr begreiflich. Denn als die Krisis begann, wurde sie vielfach — und zwar noch bis zum Anfang der 80er Jahre — für nur vorübergehend gehalten; als sich später diese Hoffnung als trügerisch erwies, sank die Pachtlust immer mehr und dies prägt sich in den Pachtpreisen aus. Es kommt hinzu, dafs das Sinken des Preises aller landwirtschaftlichen Produkte im Laufe der Zeit noch stärker geworden ist.

Allerdings aber ist dieser Rückgang vielfach nur, wie Conrad [1]) mit Recht hervorhebt, ein Rückschlag gegen die Ueberspekulation der früheren Zeit. Diese Ansicht findet sich auch vielfach anderwärts vertreten. Es ist sehr bemerkenswert, dafs namentlich in den ersten Jahren der Depression die ungünstigen Resultate nicht sowohl der schlechten Lage der Landwirtschaft, als vielmehr der allzu hohen Pachtsteigerung am Ende der vorletzten Pachtperiode zugeschrieben werden. Es wiederholt sich auch fast überall bei der Lizitation der Domänen dasselbe Bild: während früher in der Regel fast stets mehrere Pachtbewerber erschienen und sich durch gegenseitiges Ueberbieten vielfach übermäfsig in die Höhe trieben [2]), erscheint jetzt meist nur der alte Pächter und man ist zufrieden, wenn er nur das Pachtminimum bietet. —

Aus diesen allgemeinen Ergebnissen der Domänenneuverpachtungen läfst sich wohl der Schlufs rechtfertigen, dafs die im Eingang dieser Untersuchung gestellte Frage — so gestellt — zu verneinen ist.

Allerdings mufs hierbei nochmals auf die ungleiche Verteilung des Domänenbesitzes sowie auf den Einflufs hingewiesen werden, den die Aenderung der Pachtbedingungen in den neuen Provinzen auf die Pachtpreise ausgeübt hat. Auch ist darauf Gewicht zu legen, dafs im Osten die gröfseren, im Westen die kleineren Pachtungen überwiegen.

Dennoch scheint aus Tabelle III hervorzugehen, dafs die landwirtschaftliche Depression in ihrer Wirkung auf die Pachtpreise an sich im Westen sich ebenso erkennen läfst, wie im Osten und auch hier einen dauernden Rückgang der Pachterträge hervorgerufen hat. Dies zeigen insbesondere die Pachtresultate in den Reg.-Bez. Erfurt, Aurich, Stade, Lüneburg und auch Wiesbaden.

Wo die Domänenpachten noch gestiegen sind, da sind besondere Verhältnisse, wie sie auch im Osten noch günstige Resultate ergeben haben, die Veranlassung gewesen, namentlich der Zuckerrübenbau in Magdeburg, Merseburg, Hannover und Hildesheim. Es ist besonders charakteristisch, wie in allen diesen Gegenden gerade die nicht Zuckerrübenbau treibenden Domänen, die zur Neuverpachtung gekommen sind, Minderergebnisse aufweisen. Selbst bei den eigentlichen „Zuckerdomänen“ sind namentlich in den letzten Jahren Minderergebnisse immer

1) „Die Wirkung der Getreidezölle in Deutschland“ etc., Jahrb. für Nat. und Statistik, 3. Folge Bd. I, Heft 4, S. 511.

2) Um dies zu vermeiden, ist neuerdings von Rimpler (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. II, S. 971) der von Berghoff-Ising gemachte Vorschlag, an Stelle des Pachtminimums ein Pachtmaximum wieder einzuführen, aufgenommen worden. Ich halte dies für theoretisch sehr gut gemeint, aber wenig praktisch. Denn der Vorschlag würde darauf hinauslaufen, dafs die Domänen aus freier Hand verpachtet würden, wenn das Maximum niedrig bemessen wäre, oder faktisch ganz unwirksam sein, wenn das Maximum zu hoch ist.

häufiger geworden und es liegt weder bei diesen noch bei den übrigen Domänen irgend ein Grund vor, anzunehmen, dafs der Rückgang nicht ebenso wie im Osten ein dauernder bleiben werde, vorausgesetzt, dafs die Preise aller landwirtschaftlichen Produkte noch weiter zu sinken fortfahren.

Ziffermäfsig kommt das ungünstige Resultat darin zum Ausdruck, dafs die Steigerung der Minderergebnisse ihrem Betrage nach eine fast stetig wachsende ist [1]). —

Es fragt sich aber, ob der Rückgang im Westen ein ebenso schlimmer ist wie im Osten.

Conrad [2]) hat diese Fragen neuerdings entschieden verneint, und um dies zu beweisen, die Tabelle IV aufgestellt. Dieselbe verfolgt die Neuverpachtungen für den Zeitraum von 1870—89 in vier Zeitabschnitten und zeigt, dafs, während noch in der dritten Periode von 1880—84 bei 158 Neuverpachtungen in den östlichen Provinzen eine Steigerung der Pachtsummen von 100 : 123 stattgefunden hatte, in der Periode von 1885—89 ein Rückgang wie 100:97 zu bemerken war. Da nun in den westlichen Provinzen von 1885—89 noch 15127 ha für 940 326 M., d. h. mit einer Steigerung von 100:112 verpachtet wurden, so schliefst Conrad hieraus, dafs es allein diese Provinzen und die Provinz Sachsen seien, welche das Durchschnittsergebnis des ganzen Staates noch zu einem relativ günstigen gestalten.

Allein dieser Schlufs ist nur zum Teil richtig. Ordnet man nämlich, die Pachtsummen auch in den übrigen Provinzen so, wie Conrad, und zwar in der Weise, dafs man die nördlichen und die südlichen Regierungsbezirke in der Provinz Hannover trennt [3]), so sieht man, dafs die Pachtsteigerung — abgesehen von Sachsen — nur in den südlichen Teilen der Provinz Hannover hervortritt, die das günstige Ergebnis, wie oben ausgeführt, im wesentlichen dem Zuckerrübenbau zu danken haben, dafs aber in den nördlichen Teilen das Ergebnis ein ebenso schlechtes ist wie in den östlichen Provinzen, mit alleiniger Ausnahme von Westpreufsen, und dafs in der Provinz Hessen-Nassau das Resultat zwar in der letzten Periode (von 1885—89) dem der Provinz Schlesien gleichsteht, in der vorletzten Periode [4]) dagegen sehr hinter demselben zurücksteht.

---

1) 1879 bei 1 Domäne 735,00 M.
1880 „ 3 „ 546,74 „
1881 „ 5 „ 45 718,21 „
1882 „ 10 „ 1 900,07 „
1883 „ 10 „ 13 533,36 „
1884 „ 6 „ 10 104,89 „
1885 „ 4 „ 5 927,41 „
1886 „ 7 „ 18 346,19 „
1887 „ 15 „ 27 522,44 „
1888 „ 15 „ 98 874,25 „
1889 „ 8 „ 44 104,27 „
1890 „ 10 „ 36 893,65 „

2) A. a. O. S. 511.

3) S. Tabelle V.

4) Das Ergebnis in der gleichen Periode für Hannover und Hildesheim ist zufällig, da von 1880—85 hier überhaupt nur zwei Domänen pachtlos wurden (1883). Daher der auffällige Rückgang.

In gleicher Weise würde sich, wie Tabelle III beweist, wenn man die Neuverpachtungsergebnisse in der Provinz Sachsen nach Regierungsbezirken gruppiert, herausstellen, dafs auch im Reg.-Bez. Erfurt die Minderergebnisse gröfser sind als die Mehrergebnisse, die Pachtsteigerung also im wesentlichen auf die Domänen in den Zuckerrübendistrikten fällt.

Ein zutreffenderes Resultat läfst sich gewinnen, wenn man untersucht, wie sich die finanziellen Ergebnisse der Neuverpachtungen auf den Osten und Westen des Staates verteilen.

Fafst man zunächst das Gesamtresultat ins Auge, so haben die 524 Neuverpachtungen, die hier in Betracht kommen [1]) (vergl. oben S. 15), bei einem Flächeninhalt von 234 126 ha insgesamt einen Mehrertrag von 990 455,27 M. gebracht.

Hiervon entfallen aber auf den Osten 289 Neuverpachtungen mit 168 068 ha Fläche und einem Mindererertrag von 59 195,99 M., dagegen auf den Westen 235 Neuverpachtungen mit 66 058 ha Fläche und einem Mehrertrag von 1 049 651,26 M.

Das Gesamtresultat ist also im Osten ein negatives, ergiebt dagegen im Westen einen beträchtlichen Ueberschufs, trotzdem die Zahl der Verpachtungen im Westen hinter der des Ostens zurückbleibt, und die im Westen pachtlos gewordene Fläche nur etwas über ein Drittel der im Osten pachtlos gewordenen beträgt.

Prüft man nun dieses Gesamtergebnis näher und zwar so, dafs man gesondert die Mehr- und Minderergebnisse des Ostens mit denen des Westens vergleicht, so ergiebt sich, dafs die Mehrergebnisse betragen: im Osten von 115 Verpachtungen mit 78 005 ha Fläche 52 048,98 M., im Westen dagegen von 141 Verpachtungen mit 45 717 ha Fläche 1 353 879,74 M., die Minderergebnisse aber im Osten von 174 Verpachtungen mit 90 063 ha Fläche 579 614,97 M., im Westen dagegen von 94 Verpachtungen mit 20 341 ha Fläche 304 228,48 M.

Drückt man das Verhältnis zwischen Ost und West, das sich in diesen Zahlen wiederspiegelt, in Prozentzahlen des Gesamtmehrertrags bezw. des Gesamtminderertrags aus, so findet man, dafs der Westen beteiligt ist an dem Gesamtmehrergebnis von 1 874 298,72 M.

nach der Zahl der Pachtungen mit 55 %
nach der Fläche mit 37 %
nach der Geldsumme mit 70 %

dagegen an dem Gesamtmindererergebnis von 883 843,45 M.

nach der Zahl der Pachtungen mit 35 %
nach der Fläche mit 19 %
nach der Geldsumme mit 34 %

d. h. also, der Anteil des Westens ist ein relativ stärkerer an dem Gesamtmehrergebnis und ein relativ schwächerer an dem Gesamtminderergebnis als der des Ostens. Auch absolut betrachtet, steht der Osten insofern ungünstiger als der Westen, als hier bei 235 Pachtungen, die einen Gesamtertrag von + 1 049 651,26 M. aufzuweisen haben, bei einem Flächeninhalt von 66 058 ha, an dem Mehrergebnis von 1 353 879,74 M.

1) Die 7 Fälle, bei denen nur der alte Pachtzins wieder eingekommen ist, sind aufser Berücksichtigung gelassen.

141 = 60 % aller Pachtungen mit 45717 ha = 69 % der gesamten pachtlos gewordenen Fläche teilgenommen haben, während im Osten bei 289 Pachtungen mit 168068 ha Fläche und einem Gesamtertrag von — 59195,99 M. an dem Mehrergebnis von 520418,98 M. nur 115 = 39 % aller Verpachtungen mit 78005 ha = 46 % der pachtlos gewordenen Fläche beteiligt sind.

Mit anderen Worten: In der Periode der landwirtschaftlichen Depression haben eine verhältnismäfsig viel gröfsere Anzahl von Domänen im Westen prosperiert als im Osten.

Dies läfst auch die Verteilung der Konkurse von Domänen im Osten und Westen schliefsen. Denn es mufsten wegen Insolvenz der Pächter im Osten 34, im Westen 13 Pachtungen gekündigt werden, während doch die gegenwärtige Gesamtzahl der Pachtungen hier 372, dort 437 beträgt (vergl. Tabelle I).

Ebenso sind die Pachtreste [1]), die nach Mitteilung von zuständiger Stelle im wesentlichen auf Stundungen des Pachtzinses zurückzuführen sind, verhältnismäfsig viel bedeutender im Osten als im Westen, wie Tabelle VI und VII[1] ausweisen.

Man kann nun alle diese Thatsachen für rein zufällig erklären, man kann sagen, dafs eben der Staat das Glück habe, eine relativ grofse Anzahl guter Pachtungen und zwar in den landwirtschaftlich bevorzugten Gegenden des Westens zu besitzen, allein näher liegt es, diese Thatsachen mit den allgemeinen Ergebnissen aus den oben gegebenen in Verbindung zu bringen.

Denn wenn, wie oben gezeigt ist, im wesentlichen diejenigen Pachtungen noch prosperiert haben, bei denen eine intensive Kultur ermöglicht ist, so wird man anerkennen müssen, dafs die Vorbedingungen einer solchen bei einer verhältnismäfsig gröfseren Anzahl von Pachtungen im Westen vorhanden sind als im Osten.

Vor allem hat der Westen eine gröfsere Dichtigkeit der Bevölkerung, verhältnismäfsig mehr gröfsere Städte und, was damit zusammenhängt, durchschnittlich bessere Verkehrsmittel, namentlich Eisenbahnen und Wege.

Andererseits sind auch die Boden- und klimatischen Verhältnisse im allgemeinen günstiger. Solche Gegenden, wie die Zuckerrübendistrikte der Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg, existieren eben im Osten überhaupt nicht, dafs aber auch die anderen Gegenden des Westens im allgemeinen besser gestellt sind als die des Ostens, sieht man speciell aus den Durchschnittspachterträgen der Domänen, wie sie Tabelle I nachweist. Denn wenn man von dem Reg.-Bez. Minden absieht [2]), stehen fast durchweg die Pachterträge pro ha nutzbarer Fläche in den einzelnen Regierungsbezirken des Westens höher als in denen des Ostens, auch die Durchschnittszahlen verhalten sich wie ca. 52:31.

Hiernach kann es nicht blofs als zufällig angesehen werden, dafs der

1) Die absoluten Zahlen dieser Tabellen sind allerdings sehr schwankend, und zwar rührt dies daher, weil einerseits die Regierungen sich den Stundungsgesuchen der Pächter gegenüber sehr verschieden verhalten, andererseits der Erlafs von Pachtresten einen grofsen Einflufs ausübt. Immerhin ist zu erkennen, dafs ein stärkeres Kreditbedürfnis im Osten vorliegen mufs als im Westen.

2) da hier nur 1 Domäne verpachtet ist.

gröfste Grundeigentümer des Staates, der Staat selbst, die Ueberschüsse, die er in einer Periode der Depression im ganzen noch erzielt hat, im wesentlichen den Domänen des Westens, und nicht denen des Ostens verdankt, sondern man wird den Grund hiervon in den natürlichen Vorzügen jener Besitzungen vor diesen zu suchen haben.

Es läfst sich demnach mit Bezug auf die im Eingange gestellte Frage das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung dahin zusammenfassen:

dafs der Druck, den die landwirtschaftliche Krisis der letzten Jahre auf die Neuverpachtungen der Domänen ausgeübt hat, an sich im Westen ebenso fühlbar gewesen ist, wie im Osten, und insbesondere hier wie dort einen dauernden Rückgang der Rentabilität bei einem grofsen Teil der Pachtungen hervorgerufen hat, dafs aber die Widerstandsfähigkeit gegen jenen Druck verhältnismäfsig öfter sich im Westen gezeigt hat als im Osten und insofern der Rückgang bei den Domänen des Westens ein weniger schlimmer gewesen ist als bei denen des Ostens.

Tabelle I.

Nachweisung der Zahl, der Fläche, der Gesamtpachtsumme und der Durchschnittspachtsumme pro ha nutzbarer Fläche von sämtlichen preufsischen Domänenpachtungen nach dem Stande vom Januar 1891 in den einzelnen Regierungsbezirken.

Regierungbezirk bez. Provinz	Zahl der Pachtungen	Nutzbare Fläche ha	dec.	Pachtzins M.	Pachtz. pro ha nutzb. Fläche M.
Königsberg	28	15 436	642	365 185,02	23,66
Gumbinnen	40	29 122	838	517 123,76	17,76
Danzig	8	3 786	935	114 178,22	30,15
Marienwerder	29	14 990	242	405 764,08	27,07
Potsdam	36	23 125	604	705 923,05	30,53
Frankfurt a. O.	58	29 865	964	1 123 644,41	37,63
Stettin	49	26 739	837	748 285,17	27,98
Cöslin	18	10 722	552	165 890,92	15,47
Stralsund	71	28 469	928	755 112,46	27,93
Posen	29	18 775	775	387 142,97	20,62
Bromberg	18	11 102	016	224 989,36	20,26
Breslau	29	15 738	022	719 228,85	45,70
Liegnitz	6	1 771	241	61 305,40	34,61
Oppeln	18	7 553	643	270 917,74	35,95
Oestl. Reg.-Bez.:	437	237 174	239	660 469,41	
Magdeburg	59	33 122	342	3 068 116,97	92,63
Merseburg	39	18 076	069	1 381 752,13	76,44
Erfurt	13	3 236	395	119 257,16	36,85
Schleswig-Holstein	3	536	919	41 500,00	77,28
Hannover	23	7 641	124	543 807,56	71,16
Hildesheim	38	13 275	453	873 367,19	65,79
Lüneburg	19	5 285	688	173 757,95	32,87
Stade	16	2 354	547	84 279,01	35,79
Aurich	80	6 064	324	407 561,99	67,21
Minden	1	1 006	553	19 165,36	19,04
Cassel	61	12 089	954	604 377,01	49,99
Wiesbaden	20	1 910	—	96 942,18	50,76
	Sa. 809	341 773	607	14 018 575,92	41,02
	Zugänge	Meliorationskap.	pp.	55 716,0	
				14 074 292,00	41,18

Tabelle II.

Die finanziellen Mehrergebnisse und Minderergebnisse, sowie die Gesamtresultate, welche sich bei der Neuverpachtung der in den Jahren 1859—1890 pachtlos gewordenen Domänen ergeben haben, für den ganzen Staat summarisch geordnet.

Verpachtungsjahr	Zahl der Pachtungen	Mehrergebnisse (in Thlr. Sgr. Pf., von 1874 ab in M.)			Minderergebnisse			Gesamtresultat (Mehrergebnis bezw. (—) Minderergebnis)		
1859	59	40 386	15	4	74	22	3	40 311	23	1
1860	26	50 464	20	6				50 464	20	6
1861	27	80 843	15	11				80 430	15	11
1862	34	101 139	2	8	4865	10	11	96 723	21	19
1863	25	130 867	5	6				130 867	5	6
1864	25	92 166	19	1				92 166	19	1
1865	31	102 467	4	—				102 467	4	—
1866	26	68 214	18	5	550			67 664	18	5
1867	36	64 900	28	2	4852	2	—	64 415	26	—
1868	38	65 911	25	7	8424	5	6	57 487	20	1
1869	93	155 982	5	11	3527	3	2	152 455	2	9
1870	62	87 694	28	4	2012	2	6	85 682	25	10
1871	20	20 422	9	2	8343	22	9	12 078	16	5
1872	84	108 133	27	10	5084	19	2	103 049	8	1
1873	31	55 259	7	3	5794	5	—	49 465	2	3
1874	38	234 277,22			8 056,89			226 270,33		
1875	58	249 447,45			27 817,77			226 270,77		
1876	46	319 788,26			25 020,49			294 767,77		
1877	45	472 248,17			22 650,31			449 598,86		
1878	48	199 927,53			16 332,54			183 694,09		
1879	40	191 698,83			43 464,01			148 234,82		
1880	34	95 006,97			49 317,15			45 689,82		
1881	43	150 340 90			73 157,32			77 183,58		
1882	41	64 027,90			35 935,93			28 091,97		
1883	67	479 639,41			52 176,12			427 463,29		
1884	39	187 829,66			39 412,99			148 460,67		
1885	43	227 921,88			27 461,21			200 460,67		
1886	37	95 076,16			70 854,11			24 222,05		
1887	62	78 626,73			146 305,44			— 67 678,71		
1888	52	59 882.88			200 009,49			— 140 126,61		
1889	30	70 468,62			53 678,19			+ 16 790,43		
1890	43	79 530,10			795 322,00			+ 15,90		

Tabelle IV.

Bezirk	Pachtbeginn	Zahl der Güter	Nutzbare Fläche	Neue Pacht	Bis dahin gezahlte Pacht	Steigerung 100:
Ostpreufsen	1870—74	11	6 531	124 990	83 892	148,9
	1874—79	10	5 141	115 716	88 890	130,2
	1880—84	25	16 589	324 229	304 515	106,5
	1885—89	16	9 250	185 824	208 551	89,1
Westpreufsen	1870—74	6	3 113	105 753	53 886	196,3
	1874—79	10	4 443	104 278	55 713	187,2
	1880—84	14	7 721	221 360	207 610	106,6
	1884—89	9	4 060	77 390	102 922	75,2

Tabelle IV (Fortsetzung)

Bezirk	Pachtbeginn	Zahl der Güter	Nutzbare Fläche	Neue Pacht	Bis dahin gezahlte Pacht	Steigerung 100:
Posen	1870—74	5	2 056	41 120	29 856	137,7
	1874—79	15	9 466	176 311	115 332	152,9
	1880—84	15	9 634	211 041	207 868	101,5
	1885—89	12	8 053	154 169	185 640	83,0
Brandenburg	1870—74	17	8 583	340 791	212 934	160,0
	1874—79	30	15 293	647 367	474 592	136,4
	1880—84	23	15 236	528 476	507 825	104,1
	1885—89	19	11 782	321 209	375 925	82,8
Pommern	1870—74	30	12 247	378 667	314 889	120,3
	1874—79	29	12 809	365 382	335 224	109,0
	1880—84	33	17 455	440 588	484 701	90,9
	1885—89	48	20 333	498 957	587 840	84,9
Schlesien	1870—74	10	3 598	137 434	74 442	184,8
	1875—79	16	7 665	230 562	140 119	164,0
	1880—84	16	8 131	469 436	283 616	165,1
	1885—89	13	7 275	233 246	231 301	100,8
Sachsen	1870—74	27	13 961	861 420	461 233	186,8
	1874—79	18	11 091	1 226 962	452 024	271,0
	1880—84	32	17 621	1 596 344	1 056 540	151,1
	1884—89	35	17 982	1 189 480	1 038 825	104,8

Tabelle V.

Bezirk	Pachtbeginn	Zahl der Güter	Fläche	Neue Pacht	Bis dahin gez. Pacht	Steigerung
			ha	M.	M.	100:
Hessen-Nassau	1875—79	29	5520	235 348	257 240	109,2
	1880—84	14	1764	72 313	70 772	97,8
	1885—89	16	3752	159 627	165 053	100,2
Reg.-Bez. Hannover und Hildesheim	1875—79	23	7505	233 760	433 040	185,2
	1880—85	2	534	30 318	25 600	84,4
	1885—89	19	7018	436 161	547 702	125,8
Reg.-Bez. Aurich, Stade, Lüneburg	1875—79	38	3482	186 310	292 610	157,0
	1880—84	54	3408	233 692	225 939	96,6
	1885—89	62	3903	223 612	185 503	82,9

Tabelle VI.

Vom 1. April bis 31. März	Pachtreste in den östlichen Prov. M.	Pachtreste in den westlichen Prov. M.	zusammen M.
1878—79	724 806,50	108 520,07	835 326,57
1879—80	755 000,15	129 136,71	884 136,86
1880—81	777 845,70	115 739,57	893 385,27
1881—82	608 145,46	136 612,69	744 758,09
1882—83	586 969,16	82 227,99	669 197,15
1883—84	459 586,72	20 891,71	439 695,01
1884—85	752 438,64	42 526,66	794 965,30
1885—86	711 880,66	83 084,64	794 965,30
1886—87	1 153 049,84	135 218,78	1 288 268,62
1887—88	1 305 165,33	178 318,00	1 510 239,05
1888—89	1 126 501,56	178 319,00	1 126 501,56

Tabelle VII. Die Pachtreste aus den Jahren 1872—88/89 nach den einzelnen Regierungsbezirken geordnet.

Nummer	Regierungsbezirk	Rest 1872 M.	Pf.	Rest 1873 M.	Pf.	Rest 1874 M.	Pf.	Rest 1875 M.	Pf.	Rest 1876 M.	Pf.	Rest 1. Jan. bis 31. März 1877 M.	Pf.	Rest 1877/78 M.	Pf.	Rest 1878/79 M.	Pf.	Rest 1879/80 M.	Pf.
1	Königsberg	35 069	51	45 569	85	19 335	.	19 176	98	20 799	90	27 384	10	35 565	40	57 464	25	46 003	54
2	Gumbinnen	114 883	.	92 580	66	66 325	60	86 075	84	129 366	04	118 469	97	137 283	41	124 483	44	94 623	96
3	Danzig	15 924	27	4 282	50	2 475	.	2 475	.	4 875	.	6 075	.	6 656	25	14 514	52	20 565	04
4	Marienwerder	9 104	66	5 820	06	6 451	37	2 474	74	8 367	21	5 032	50	6 639	59	.	.	4 275	44
5	Potsdam	8 732	25	.	.	22 333	80	11 102	50	28 186	87	52 500	75	85 509	07	159 390	28	136 922	42
6	Frankfurt a/M.	22 758	.	16 703	70	30 669	61	38 716	51	60 996	31	66 488	81	92 602	10	67 550	61	80 642	10
7	Stettin	15 827	50	9 000	.	6 750	.	3 750	.	16 018	66	22 474	94	29 440	17	26 552	98	5 850	.
8	Cöslin	11 430	.	5 430	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
9	Stralsund	172 812	26	137 035	50	78 790	50	102 162	50	158 883	71	132 267	93	102 214	92	170 606	28	243 691	69
10	Posen	11 227	95	30 302	05	48 034	85	63 842	17	36 409	08	46 307	77	42 459	21	55 016	72	56 135	55
11	Bromberg	29 283	65	35 319	36	30 877	80	37 962	68	36 835	24	53 304	45	51 770	67	38 926	98	33 875	97
12	Breslau	2 700	.	11 431	40	1 620	.	1 080	.	540	.	649	83	6 401	41	1 689	95	3 690	24
13	Liegnitz	.	.	171	93	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
14	Oppeln	.	.	.	.	12 893	05	23 139	.	12 936	50	20 761	84	23 257	60	10 610	45	10 724	20
15	Magdeburg	.	.	.	.	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
16	Merseburg	1 588	.	.	.	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
17	Erfurt		.	.	.	.	.		.	.	.	.	.	.	.	19 531	72	44 594	08
18	Schleswig	3	15	.	.	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
19	Hannover																		
20	Hildesheim																		
21	Lüneburg	70 086	15	15 731	42	18 327	47	23 766	41	26 832	18	28 763	43	25 883	58	51 682	05	49 949	57
22	Stade																		
23	Osnabrück																		
24	Aurich																		
25	Münster	14 331	43	20 262	87	17 194	30	21 454	29	22 808	57	14 808	57	.	.	.	.	.	.
26	Minden	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
27	Arnsberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
28	Cassel	813	86	1 076	60	6 560	45	17 702	64	17 048	14	8 631	04	22 029	62	35 307	69	34 593	06
29	Wiesbaden	314 897	78	.	.	56	70	.	.	.	.	.	.	.	.	1 998	61	.	.
	Summa	851 543	42	430 699	90	368 695	50	454 881	26	580 903	41	603 920	93	667 713	00	835 326	57	884 136	86

Nummer	Regierungsbezirk	Rest 1880/81		Rest 1881/82		Rest 1882/83		Rest 1883/84		Rest 1884/85		Rest 1885/86		Rest 1886/87		Rest 1887/88		Rest 1888/89	
		M	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf.	M.	Pf.
1	Königsberg	89 635	65	105 994	23	69 900		59 092	53	94 942	99	85 774	55	123 468	44	97 790	22	95 740	29
2	Gumbinnen	99 533	58	22 697	76	38 143	19	37 498	63	32 412	43	56 513	77	129 558	58	169 056	32	227 980	46
3	Danzig	.	.	749	55	.	.	.	.	265	33	13 274	56	25 500	.	18 000	.	13 184	.
4	Marienwerder	61 308	22	46 292	42	41 699	06	33 092	35	63 458	44	59 554	36	61 026	41	103 548	61	112 518	40
5	Potsdam	133 843	16	91 570	25	99 113	22	90 182	66	91 008	56	90 014	11	224 807	.	247 852	14	137 850	44
6	Frankfurt a/M.	108 49	05	68 824	79	45 189	92	29 076	50	39 500	78	134 993	42	222 780	49	176 973	08	176 589	80
7	Stettin	5 550	.	5 223	51	2 911	10	2 911	10	2 911	10	10 547	77	19 689	64	19 120	42	22 060	18
8	Cöslin	.	.	.	.	.	.	19 943	38	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
9	Stralsund	172 666	24	181 552	88	203 284	12	111 186	48	110 446	23	127 252	88	99 806	38	132 570	69	128 518	06
10	Posen	51 663	25	31 614	70	27 866	30	16 157	10	18 883	01	51 668	05	142 894	16	147 563	30	92 509	60
11	Bromberg	9 363	66	16 361	82	13 420	.	23 420	.	22 910	.	32 373	73	51 838	13	64 428	80	29 017	73
12	Breslau	22 202	40	27 827	40	33 167	43	8 229	67	23 673	90	39 911	78	31 891	99	92 863	35	85 530	15
13	Liegnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14 005	27	23 342	12	.	.
14	Oppeln	23 589	49	9 436	15	12 274	.	7 702	51	.	.	10 002	68	15 783	35	12 056	28	5 001	52
15	Magdeburg	.	.	.	.	.	.	.	.	2 048	51	13 223	02	12 535	98	62 960	86	45 131	31
16	Merseburg	.	.	383	78	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12 006	96	.	.
17	Erfurt	32 549	08	5 041	57	.	.	.	.	9 872	50	21 871	50	33 922	86	37 961	06	24 000	.
18	Schleswig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
19	Hannover											9 950	60	22 315	39	22 115	44	33 595	28
20	Hildesheim											14 694	.	43 092	16	34 585	55	42 930	76
21	Lüneburg											4 816	93	3 037	73	4 220	16	15 954	35
22	Stade	70 664	14	115 519	04	74 156	46	17 368	69	23 521	02	525	.	3 653	88	5 982	40	9 657	67
23	Osnabrück											.	.	.	.	.	.	.	
24	Aurich											3 600	.	4 737	.	4 944	92	3 853	
25	Münster	.	.	.	.	.	.	.	.	.		.	.	.	.	.	.	.	
26	Minden	.	.	.	.	.	.	.	.	.		.	.	.	.	.	.	.	
27	Arnsberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.		.	.	.	.	.	.	.	
28	Cassel	12 526	35	13 453	18	6 564	52	2 986	76	17 084	63	14 402	59	11 324	55	19 697	14	2 798	
29	Wiesbaden	.	.	2 215	06	1 507	01	738	36	.	.	.	.	599	23	599	23	399	23
	Summa	893 585	27	744 758	09	669 197	15	459 586	72	552 939	43	794 965	30	1 298 268	62	1 510 239	05	1 304 821	16

XII.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Jahre 1892.

(Reichsgesetz vom 20. April 1892.)

Von Dr. Carl Heiligenstadt.

Mit dem 10. Mai 1892 [1]) trat das Reichsgesetz, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, durch welches eine neue Gesellschaftsform im Deutschen Reiche eingeführt wurde, in Wirksamkeit. Das Gesetz hatte somit im Jahre 1892 während circa sieben und einem halben Monat Gesetzeskraft. In dieser Zeit traten nach den handelsgerichtlichen Veröffentlichungen im Deutschen Reichsanzeiger und in der Bayerischen Handelszeitung

61 Gesellschaften mit einem Kapital von M. 28 159 700 ins Leben.

Es gingen dagegen wieder ein 1 „ „ „ „ „ „ 48 000

so dafs am 31. Dez. 1892 vorhanden waren. 60 Gesellschaften mit einem Kapital von M. 28 111 700

Auf den beigefügten Tabellen I—V ist eine Uebersicht über den Stand und die Bewegung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in dem seit Erlafs des Gesetzes verstrichenen Zeitraume gegeben, wozu folgendes zu bemerken ist:

Die Daten sind den handelsgerichtlichen Publikationen im Deutschen Reichsanzeiger und in der Bayerischen Handelszeitung entnommen. Das in diesen Veröffentlichungen gebotene Material wurde jedoch auf andere Weise, soweit es ging, vervollständigt.

Die einzelnen Gesellschaften sind gruppenweise zusammengestellt, wobei die Einteilung der deutschen Gewerbestatistik [2]) als Grundlage gedient hat. In einzelnen Fällen war es jedoch erforderlich, die erwähnte Einteilung der Gewerbestatistik zu erweitern, da das Gebiet, auf welchem die neue Gesellschaftsform zur Anwendung gelangen kann und auch gelangt, ein weiteres ist. Bei der hier benutzten abgeänderten Einteilung umfafst Gruppe I alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe einschliefslich Gärtnerei und Weinbau.

Eine besondere Gruppe wurde hinter VI als VI A unter der Bezeichnung „Elektrizitätswerke“ neu eingeschoben, da aller Wahrscheinlichkeit

1) Das Gesetz wurde im Reichsgesetzblatt Nr. 24 — ausgegeben am 26. April — publiziert.

2) Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge Bd. VI. 1, Berlin 1886.

nach diesem Betriebszweige für die nächste Zeit eine gröfsere Entwickelung bevorsteht, und sich derselbe in der Einteilung der Gewerbestatistik nicht gut unterbringen liefs.

Aus Gruppe XVII „Handelsgewerbe" ist der Geld- und Kredithandel XVII C besonders aufgeführt worden, und zwar aus dem Grunde, weil diese Klasse von Gesellschaften dadurch eine besondere Stellung einnimmt, dafs ihr allein durch § 42 Abs. 4 des Gesetzes vom 20. April 1892 die Veröffentlichung von Bilanzen zur Pflicht gemacht wurde.

Endlich sind der Gruppeneinteilung der Gewerbestatistik drei weitere angefügt [1]): Gruppe XXI „Gewährung von Dienstleistungen" (die Gesellschaften mit religiösen, Wohlthätigkeits-, Bildungs- und Erziehungszwecken, sowie die Musik-, Theater- und Schaustellungsunternehmungen umfassend), XXII „Geselligkeitsunternehmungen" (z. B. Studentenhäuser, Stadtparks etc.), XXIII „Verschiedene, nicht besonders zu klassifizierende Gesellschaften".

Für die Beurteilung der Wirksamkeit des neuen Reichsgesetzes ist es von gröfstem Interesse, zu wissen, in welchem Verhältnisse die wirklichen Neugründungen zur Zahl derjenigen Gesellschaften stehen, die aus anderen Unternehmungsformen hervorgegangen sind, d. h. mit anderen Worten, in welchem Umfange durch die neue Gesellschaftsform der Produktion, dem Handel und dem Verkehr neues Kapital zugeführt wurde. Ob eine Gesellschaft eine Neugründung, d. h. ob der in den Statuten als Gegenstand des Unternehmens angegebene Zweck erst ins Leben gerufen wird, oder ob ein schon bestehender Betrieb auf die eine oder die andere Weise übernommen wurde, ist nicht immer aus den veröffentlichten Auszügen aus den Handelsregistern ersichtlich. Dort, wo in der gerichtsseitigen Publikation Festsetzungen über den Preis eingebrachter Wertgegenstände vorkommen, ist meistens, wenn auch nicht immer, anzunehmen, dafs der Gründung der Gesellschaft ein anderer Betrieb, der in dieselbe übergegangen ist, vorausging. Enthält jedoch die Eintragung keine Angaben dieser Art, so kann dennoch der Uebergang eines schon bestehenden Unternehmens in die neue Gesellschaft mit beschränkter Haftung z. B. im Wege des Ankaufs vorliegen. Es ist dies einigemale der Fall gewesen, unter anderem bei der Schlesischen Cellulose- und Papierfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zu vermuten ist, dafs sich dies häufig so verhalten wird, sobald die neue Gesellschaft mit beschränkter Haftung eine Personenfirma angenommen hat.

Diesen Schwierigkeiten, welchen die genaue Feststellung des Thatbestandes begegnet, da auch auf direkte Anfrage in vielen Fällen keine Antwort zu erlangen war, ist es daher zuzuschreiben, sollte die Gruppierung der mitgeteilten Zahlen nicht in allen Fällen ganz genau sein — weit von der Wahrheit entfernt sind sie jedoch jedenfalls nicht.

1) Hierbei wurde so viel als möglich Anlehnung an die Berufsstatistik gesucht.

Tabelle I.

Nummer	Gruppe	Anzahl der Gesellschaften	Gesamtkapital	Davon Neugründungen		Einzelfirmen		Davon hervor: offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften	
	Bezeichnung		M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.
I	Landwirtschaftliche Unternehmungen, Forstwirtschaft, Gärtnerei und Weinbau .	1	60 000	1	60 000	—	—	—	—
III	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	1	30 000	–	—	1	30 000	—	—
IV	Industrie der Steine und Erden	9	2 735 000	4	660 000	3	1 255 000	2	820 000
(VI A)	Elektrizitätswerke . . .	1	75 000	1	75 000	—	—	—	—
VII	Chemische Industrie . .	2	4 900 000	—	—	–	—	2	4 900 000
IX	Textilindustrie	3	2 188 000	–	—	1	48 000	2	2 140 000
X	Papier- und Lederindustrie	2	890 000	—	—	2	890 000	—	—
XII	Nahrungs- u. Genufsmittelindustrie	14	7 258 400	5	675 500	3	295 500	2	2 400 000
XIV	Baugewerbe	4	5 610 000	2	4 100 000	–	—	2	1 510 000
XV	Polygraphische Gewerbe .	1	85 000	1	85 000	—	—	—	—
XVII	Handelsgewerbe, ausgenommen Kredit- u. Geldhandel	14	2 176 000	12	1 236 000	–	—	2	940 000
XVII b	Kredit- und Geldhandel .	1	20 000	1	20 000	—	—	—	—
XVIII	Versicherungsgewerbe . .	1	20 000	1	20 000	—	—	—	—
XIX	Verkehrsgewerbe	4	782 000	4	782 000	—	—	—	—
XX	Beherbergung und Erquikkung	1	20 300	1	20 300	–	—	—	—
XXI	Gewährung von Dienstleistungen: Religiöse, Wohlthätigkeits- u. Erziehungs-Unternehmungen . .	2	1 310 000	2	1 310 000	–	—	—	—
	Summa	61	28 159 700	35	9 043 800	10	2 518 500	12	12 710 000
	Ab wieder eingegangene Gesellschaften	1	48 000	—	—	1	48 000	—	—
	Anzahl u. Kapital der am 31. Dez. 1892 bestehenden Gesellschaften	60	28 111 700	35	9 043 800	9	2 470 500	12	12 710 000
	Durchschnittliches Kapital einer Gesellschaft . . .	—	468 528	—	258 394	—	274 500	—	1 059 167
	Von den am 31. Dez. 1892 bestehenden Gesellschaften sind hervorgegangen aus: in % — der Gesamtzahl	60	= 100 %	35	= 58.3 %	9	= 15 %	12	= 20 %
	Von den am 31. Dez. 1892 bestehenden Gesellschaften sind hervorgegangen aus: in % — des Gesamtkapitals	—	28 111 700 = 100 %	—	32,17 %	—	8,78 %	—	45,21 %

gegangen aus: Aktiengesellschaften u. Kommanditgesellschaften auf Aktien		gegangen aus: anderen Gesellschaftsformen		Davon wieder eingegangen		Bestand am 31. Dezember 1892				Durchschnittliches Kapital einer Gesellschaft	Bemerkungen
Anzahl	Kapital M	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Proz. der ursprünglich gegründeten Gesellschaften	Kapital M.	Pr. d. ursprünglichen Kapitals	M.	
—	—	—	—	—	—	1	100	60 000	100	60 000	
—	—	—	—	—	—	1	100	30 000	100	30 000	
—	—	—	—	—	—	9	100	2 735 000	100	303 889	Anm. zu Gruppe IX: Die Spinnerei Dünkelhammer in Dünkelhammer, Bayern, trat am 12. Juli in Liquidation, am 9. August 1892 in Konkurs.
—	—	—	—	—	—	1	100	75 000	100	75 000	
—	—	—	—	—	—	2	100	4 900 000	100	2 450 000	
—	—	—	—	1	48 000	2	66.7	2 140 000	97.8	1 070 000	
—	—	—	—	—	—	2	100	890 000	100	445 000	
3	3 212 000	1	675 400	—	—	14	100	7 258 400	100	518 457	
—	—	—	—	—	—	4	100	5 610 000	100	1 402 500	
—	—	—	—	—	—	1	100	85 000	100	85 000	
—	—	—	—	—	—	14	100	2 176 000	100	155 429	
—	—	—	—	—	—	1	100	20 000	100	20 000	
—	—	—	—	—	—	1	100	20 000	100	20 000	
—	—	—	—	—	—	4	100	782 000	100	195 500	
—	—	—	—	—	—	1	100	20 300	100	20 300	
—	—	—	—	—	—	2	100	1 310 000	100	655 000	
3	3 212 000	1	675 400	1	48 000	60	98.4	28 111 700	99,8	468 528	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
3	3 212 000	1	675 400	—	—	—	—	—	—	—	
—	1 070 667	—	675 400	—	—	—	—	—	—	—	
3	= 5 %	1	= 1,7 %	—	—	—	—	—	—	—	
—	11,42 %	—	2,42 %	—	—	—	—	—	—	—	

Von den 61 im Jahre 1892 gegründeten Gesellschaften ist eine, die Spinnerei Dünkelhammer in Dünkelhammer, Bayern, mit M. 48 000 Kapital wieder in Liquidation und sodann auch in Konkurs getreten. Es scheint sich bei Umwandlung der Spinnerei in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung darum gehandelt zu haben, einem drohenden Konkurse oder einer Liquidation zu entgehen. Hierbei wird vielleicht eine Einigung aller Gläubiger nicht zustande gekommen sein, so dafs der Konkurs sich doch nicht vermeiden liefs. Im Januar d. J. (1893) ist übrigens genannte Spinnerei in eine neue Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit wesentlich höherem Kapital übergegangen, so dafs eine Einigung der Gläubiger nunmehr erreicht zu sein scheint.

Tabelle II.

Staat bezw. Provinz	Anzahl		Gesamtkapital		Davon Neugründungen		Davon hervorgegangen			
							Einzelfirmen		offener Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft	
		%	M.	%	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.
Preufsen										
Prov. Ostpreufsen	1	1,6	162 000	0,57	—	—	1	162 000	—	—
Stadt Berlin	12	19,7	4 001 500	14,21	8	1 711 500	1	100 000	3	2 190 000
Prov. Brandenburg	1	1.6	1 592 000	5,65	—	—	—	—	—	—
„ Pommern	2	3,3	4 120 000	14,63	2	4 120 000	—	—	—	—
„ Schlesien	2	3,3	910 000	3,23	1	60 000	1	850 000	—	—
„ Sachsen	4	6,6	4 020 000	14,27	—	—	1	600 000	1	1 800 000
„ Schleswig-Holstein	2	3,3	40 000	0.14	2	40 000	—	—	—	—
„ Hannover	1	1,6	20 000	0,07	1	20 000	—	—	—	—
„ Westfalen	1	1,6	60 000	0.21	1	60 000	—	—	—	—
„ Hessen-Nassau	3	4,9	1 175 000	4,17	2	575 000	—	—	1	600 000
„ Rheinland	16	26,4	8 512 300	30,28	8	452 300	2	440 000	6	7 620 000
Bayern	3	4.9	248 000	0,88	2	200 000	1	48 000	—	—
Sachsen	2	3,3	110 000	0,39	1	80 000	1	30 000	—	—
Württemberg	1	1.6	500 000	1,77	—	—	—	—	1	500 000
Baden	2	3,3	285 000	1,01	1	30 000	1	255 000	—	—
Hessen	1	1,6	85 000	0.30	1	85 000	—	—	—	—
Mecklenburg-Schwerin	3	4.9	479 000	1,70	2	445 500	1	33 500	—	—
Sachsen-Weimar	1	1,6	675 400	2,40	—	—	—	—	—	—
Bremen	2	3,3	664 500	2.35	2	664 500	—	—	—	—
Hamburg	1	1.6	500 000	1.77	1	500 000	—	—	—	—
Summa	61	100	28 159 700	100	35	9 043 800	10	2 518 500	12	12710000
Durchschnitt	—	—	461 634	—	—	258 394	—	251 850	—	1059167
Anzahl in % der Gesamtanzahl	—	—	61 = 100 %	—	—	57,3 %	—	16,4 %	—	19,7 %
Kapital in % des Gesamtkapitals	—	—	28 159 700 =	100 %	—	32,12 %	—	8,94 %	—	45,13 %

Von den zur Zeit bestehenden Gesellschaften sind 35 oder 58,3 %, soweit festzustellen war, wirkliche Neugründungen mit einem

Kapital von M. 9 043 800 oder 32,17 % des Gesamtkapitals aller bestehenden Gesellschaften (vergl. Tabelle I).

Die Veranlassung zur Gründung war bei einer ganzen Reihe von Unternehmungen die Befriedigung gemeinschaftlicher Zwecke in genossenschaftlicher Weise bei beschränktem Risiko. Weiter ist der Anteil der Gesellschaften, bei denen eine allmähliche Entwickelung des Unternehmens zu erwarten ist, und für die aus diesem Grunde keine der bestehenden Gesellschaftsformen einen passenden Rahmen abgiebt, nicht unbedeutend.

Aus Einzelfirmen [1]) sind hervorgegangen 9 Gesellschaften (15 %) mit einem Kapital von M. 2 470 500 (8,78 %). Die Veranlassungen zu diesen Umwandlungen waren: Kapitalserhöhungen, Auseinandersetzungen zwischen

aus Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien		aus anderen Gesellschaften		Wieder eingegangen		Bestand am 31. Dezember 1892		Durchschnittliches Kapital einer Gesellschaft	Kapitalsbetrag pro Kopf der Bevölkerung	
									Bevölkerung am 31. Dezember 1890	Betrag
Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	M.		M.
—	—	—	—	—	—	1	162 000	162 000	1 958 663	0,08
—	—	—	—	—	—	12	4 001 500	333 458	1 578 794	2,53
1	1 592 000	—	—	—	—	1	1 592 000	1 592 000	2 541 783	0,62
—	—	—	—	—	—	2	4 120 000	2 060 000	1 520 889	2,71
—	—	—	—	—	—	2	910 000	455 000	4 224 458	0,21
2	1 620 000	—	—	—	—	4	4 020 000	1 005 000	2 580 010	1,56
—	—	—	—	—	—	2	40 000	20 000	1 217 437	0,03
—	—	—	—	—	—	1	20 000	20 000	2 278 361	0,01
—	—	—	—	—	—	1	60 000	60 000	2 428 661	0,02
—	—	—	—	—	—	3	1 175 000	391 667	1 664 426	0,71
—	—	—	—	—	—	16	8 512 300	532 019	4 710 391	1,81
—	—	—	—	1	48 000	2	200 000	100 000	5 594 982	0,04
—	—	—	—	—	—	2	110 000	55 000	3 502 684	0,03
—	—	—	—	—	—	1	500 000	500 000	2 036 522	0,25
—	—	—	—	—	—	2	285 000	142 500	1 657 867	0,17
—	—	—	—	—	—	1	85 000	85 000	992 883	0,09
—	—	—	—	—	—	3	479 000	159 667	578 342	0,83
—	—	1	675 400	—	—	1	675 400	675 400	326 091	2,07
—	—	—	—	—	—	2	664 500	332 250	180 443	3,68
—	—	—	—	—	—	1	500 000	500 000	622 530	0,80
3	3 212 000	1	675 400	1	48 000	60	28 111 700	468 528	49 428 470 [2])	0,57 [3])
—	1 070 667	—	675 400	—	48 000	—	468 528	468 528	—	—
—	4,9 %	—	1,7 %	—	1,7 %	—	98,36 %	—	—	—
—	11,41 %	—	2,40 %	—	0,17 %	—	99,83 %	—	—	—

1) Es wurden in unserer Aufstellung auch die Unternehmungen einzelner Personen, die keine eingetragene Firma führen, zu dieser Klasse gezählt.

2) Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches nach der Zählung vom 31. Dez. 1890.

3) Pro Kopf der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches.

Familienangehörigen, Aufnahme neuer Geschäftsteilhaber, Aufnahme von Gläubigern in die Firma zur Vermeidung von Liquidation und Konkurs.

Durch Umwandlung offener Handelsgesellschaften entstanden 12 Unternehmungen (20 %) mit einem Kapital von M. 12 710 000 oder 45,21 % des gesamten in den Gesellschaften mit beschränkter Haftung thätigen Kapitals. Nicht dieser ganze Kapitalsbetrag war jedoch in diesen Unternehmungen vor ihrer Umwandlung beschäftigt, vielmehr sind bei Uebergang in die neue Form verschiedentlich den Gesellschaften neue Mittel zugeflossen. Vornahme von Kapitalserhöhungen scheinen mehrfach die Veranlassung der Umwandlung gewesen zu sein. Daneben war besonders bei dieser Gruppe augenscheinlich die Tendenz, das Risiko des einzelnen Gesellschafters zu beschränken, sehr häufig mafsgebend. In einigen Fällen diente die neue Gesellschaftsform dazu, die Fusionierung mehrerer konkurrierender Unternehmungen der gleichen Gattung herbeizuführen.

3 Aktiengesellschaften und 1 eingetragene Genossenschaft in Liquidation sind in Gesellschaften mit beschränkter Haftung übergegangen. Es handelte sich dabei um eine Kartoffelmehlfabrik und 3 Zuckerfabriken, für welche die Aktiengesellschaft und auch die Genossenschaft wegen der Verpflichtung zum Anbau eines gewissen Areals mit Rüben bezw. mit Kartoffeln eine sehr wenig geeignete Unternehmungsform ist.

Die Verteilung der neugegründeten Gesellschaften unter die einzelnen Produktion und Erwerbszweige ist eine sehr ungleichmäfsige

(vergl. Tabelle I, III, V).

An erster Stelle ist die Nahrungs- und Genufsmittelindustrie (Gruppe XII) mit 14 Gesellschaften (23,3 %) der am 31. Dezember 1892 bestehenden und mit M. 7 258 400 (25,82 % des Gesamtkapitals) zu nennen. Gruppe XVII „Handelsgewerbe" weist gleichfalls 14 Gesellschaften auf, deren Kapital, M. 2 176 000, aber bedeutend hinter denjenigem der Gruppe XII zurückbleibt und nur 7,74 % des Gesamtkapitals ausmacht (Tabelle III).

Die Industrie der Steine und Erden (IV) wird durch 9 Gesellschaften (15 %) mit M. 2 735 000 Kapital (9,73 %), die chemische Industrie (VII) durch 2 Gesellschaften mit M. 4 900 000 Kapital (17,43 %), die Textilindustrie (IX) durch 2 Gesellschaften mit M. 2 140 000 Kapital (7,61 %) und das Baugewerbe (XIV) durch 4 Gesellschaften (6,6 %) mit einem Kapital von M. 5 610 000 oder 19,96 % repräsentiert.

Bezüglich der geographischen Verteilung der nach den Vorschriften des neuen Gesetzes gegründeten Gesellschaften (vergl. Tabelle II und III) marschiert die Rheinprovinz mit 16 Gesellschaften oder 26,6 % der Gesamtzahl der bestehenden Gesellschaften und mit M. 8 512 300 oder 30,28 % des Gesamtkapitals an der Spitze. Es folgt sodann die Stadt Berlin mit 12 Gesellschaften (20 %), die ein Kapital von M. 4 001 500 oder 14,24 % ausweisen.

Unter den 12 Berliner Gesellschaften befinden sich 8 Handels- und 2 Bauunternehmungen. Sowohl in Berlin, als auch in der Rheinprovinz sind Neugründungen stark vertreten. In Berlin sind von den 12 Gesellschaften 9 Neugründungen, in der Rheinprovinz von 16 Gesellschaften 8. Auf Pommern entfallen 14,65 % des Gesamtkapitals, obgleich nur 2 Gesellschaften in der Provinz gegründet wurden. Es sind dies gewisse Ano-

Tabelle III.

Staat bezw. Provinz	Anzahl		Gesamtkapital			Kapital pro Kopf der Bevölkerung		Gruppe I.		Gruppe III.		Gruppe IV.		Gruppe VI A.		Gruppe VII.	
		%	M.	%	im Durchschnitt	Bevölkerung am 1. Dez. 1890	Betrag p. Kopf M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.
Preufsen																	
Prov. Ostpreufsen	1	1,7	162 000	0,58	162 000	1 958 663	0,08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stadt Berlin	12	20	4 001 500	14,24	333 458	1 578 794	2,53	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Prov. Brandenburg	1	1,7	1 592 000	5,67	1 592 000	2 541 783	0,62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Pommern	2	3,3	4 120 000	14,65	2 060 000	1 520 889	2,71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Schlesien	2	3,3	910 000	3,24	455 000	4 222 458	0,21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Sachsen	4	6,7	4 020 000	14,30	1 005 000	2 580 010	1,56	—	—	—	—	1	600 000	—	—	—	—
„ Schleswig-Holstein	2	3,3	40 000	0,14	20 000	1 217 437	0,03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Hannover	1	1,7	20 000	0,07	20 000	2 278 361	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Westfalen	1	1,7	60 000	0,22	60 000	2 428 661	0,02	1	60 000	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Hessen-Nassau	3	5	1 175 000	4,18	391 667	1 664 426	0,71	—	—	—	—	1	500 000	1	75 000	—	—
„ Rheinland	16	26,6	8 512 300	30,28	532 019	4 710 391	1,81	—	—	—	—	5	1 330 000	—	—	2	4 900 000
Bayern	2	3,3	200 000	0,71	100 000	5 594 982	0,04	—	—	—	—	1	50 000	—	—	—	—
Sachsen	2	3,3	110 000	0,39	55 000	3 502 684	0,03	—	—	1	30 000	—	—	—	—	—	—
Württemberg	1	1,7	500 000	1,78	500 000	2 036 522	0,25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baden	2	3,3	285 000	1,01	142 500	1 657 867	0,17	—	—	—	—	1	255 000	—	—	—	—
Hessen	1	1,7	85 000	0,30	85 000	992 883	0,09	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mecklenb.-Schwerin	3	5	479 000	1,70	159 667	578 342	0,83	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen-Weimar	1	1,7	675 400	2,40	675 400	326 091	2,07	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremen	2	3,3	664 500	2,36	332 250	180 443	3,68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	1	1,7	500 000	1,78	500 000	622 530	0,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa	60	100	28 111 700	100	468 528	49 428 470[1]	0,57[2]	1	60 000	1	30 000	9	2 735 000	1	75 000	2	4 900 000
Durchschnitt	—	—	468 528	—	—	—	—	—	60 000	—	30 000	—	303 889	—	75 000	—	2 450 000
Anzahl der Gesellschaften in den einzelnen Gruppen in % der Gesamtzahl	60 =	% 100	—	—	—	—	—	—	1,7 %	—	1,7 %	—	15 %	—	1,7 %	—	3,3 %
Gröfse des Kapitals in den einzelnen Gruppen in % des Gesamtkapitals	—	—	28 111 700 =	% 100	—	—	—	—	0,21 %	—	0,11 %	—	9,73 %	—	0,27 %	—	17,43 %

1) Bevölkerung des Deutschen Reiches einschließlich Helgoland nach der Zählung vom 1. Dezember 1890.
2) Pro Kopf der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs.

Tabelle III (Fortsetzung).

Staat bezw. Provinz	Gruppe IX.		X.		XII.		XIV.		XV.		XVII.		XVII b.		XVIII.		XIX.		XX.		XXI.	
	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.
Preufsen																						
Prov. Ostpreufsen	—	—	—	—	1	162 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stadt Berlin	—	—	—	—	1	100 000	2	1 350 000	—	—	8	1 351 500	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1 200 000
Prov. Brandenburg	—	—	—	—	1	1 592 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Pommern	—	—	—	—	—	—	1	4 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	1	120 000	—	—	—	—
„ Schlesien	—	—	1	850 000	1	60 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Sachsen	—	—	—	—	3	3 420 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Schleswig-Holstein	—	—	—	—	1	20 000	—	—	—	—	—	—	—	—	1	20 000	—	—	—	—	—	—
„ Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	20 000	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Westfalen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Hessen-Nassau	—	—	—	—	1	600 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Rheinland	1	1 640 000	1	40 000	—	—	1	260 000	—	—	2	50 000	—	—	—	—	2	162 000	1	20 300	1	110 000
Bayern	—	—	—	—	1	150 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	80 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Württemberg	1	500 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	30 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hessen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	85 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mecklenb.-Schwerin	—	—	—	—	3	479 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen-Weimar	—	—	—	—	1	675 400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	664 500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	500 000	—	—	—	—
Summa	2	2 140 000	2	890 000	14	7 258 400	4	5 610 000	1	85 000	14	2 176 000	1	20 000	1	20 000	4	782 000	1	20 300	2	1 310 000
Durchschnitt	—	1 070 000	—	445 000	—	518 457	—	1 402 500	—	85 000	—	155 429	—	20 000	—	20 000	—	195 500	—	20 300	—	655 000
Anzahl der Gesellschaften in den einzelnen Gruppen in % der Gesamtzahl	—	3,3 %	—	3,3 %	—	23,3 %	—	6,6 %	—	1,7 %	—	23,3 %	—	1,7 %	—	1,7 %	—	6,6 %	—	1,7 %	—	3,3 %
Gröfse des Kapitals in den einzelnen Gruppen in % des Gesamtkapitals	—	7,61 %	—	3,17 %	—	25,82 %	—	19,96 %	—	0,30 %	—	7,74 %	—	0,07 %	—	0,07 %	—	2,78 %	—	0,07 %	—	4,66 %

Tabelle IV.

Kapital	Anzahl		Gesamtkapital		Davon Neugründungen		Davon hervorgegangen aus: Einzelfirma		offener Handelsgesellschaft		Aktiengesellschaft		anderen Gesellschaftsformen		Wieder eingegangen		Bestand am 31. Dezember 1892		Durchschnittliches Kapital einer Gesellschaft
		%	Betrag M	%	Anzahl	M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	M.
20 000	6	9,83	120 000	0,43	5	100 000	—	—	1	20 000	—	—	—	—	—	—	6	120 000	20 000
20 001 — 50 000	12	19,67	443 800	1,58	8	292 300	4	151 500	—	—	—	—	—	—	1	48 000	11	395 800	35 981
50 001 — 100 000	13	21,31	1 046 500	3,72	12	946 500	1	100 000	—	—	—	—	—	—	—	—	13	1 046 500	80 500
100 001 — 200 000	5	8,20	647 000	2,30	4	485 000	1	162 000	—	—	—	—	—	—	—	—	5	647 000	129 400
200 001 — 300 000	3	4,92	755 000	2,68	—	—	1	255 000	2	500 000	—	—	—	—	—	—	3	755 000	251 666
300 001 — 400 000	2	3,28	800 000	2,84	—	—	1	400 000	1	400 000	—	—	—	—	—	—	2	800 000	400 000
400 001 — 500 000	4	6,55	1 920 000	6,82	3	1 420 000	—	—	1	500 000	—	—	—	—	—	—	4	1 920 000	480 000
500 001 — 600 000	3	4,92	1 800 000	6,39	1	600 000	1	600 000	1	600 000	—	—	—	—	—	—	3	1 800 000	600 000
600 001 — 700 000	2	3,28	1 375 400	4,88	—	—	—	—	1	700 000	—	—	1	675 400	—	—	2	1 375 400	687 700
700 001 — 800 000	1	1,64	800 000	2,84	—	—	—	—	1	800 000	—	—	—	—	—	—	1	800 000	800 000
800 001 — 900 000	3	4,92	2 470 000	8,77	—	—	1	850 000	—	—	2	1 620 000	—	—	—	—	3	2 470 000	823 333
900 001 — 1 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1 000 001 — 2 000 000	5	8,20	7 482 000	26,57	1	1 200 000	—	—	3	4 690 000	1	1 592 000	—	—	—	—	5	7 482 000	1 496 400
2 000 001 — 3 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3 000 001 — 4 000 000	1	1,64	4 000 000	14,20	1	4 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4 000 000	4 000 000
4 000 001 — 5 000 000	1	1,64	4 500 000	15,98	—	—	—	—	1	4 500 000	—	—	—	—	—	—	1	4 500 000	4 500 000
Summa	61	100	28 159 700	100	35	9 043 800	10	2 518 500	12	12 710 000	3	3 212 000	1	675 400	1	48 000	60	28 111 700	468 528
Durchschnitt . . .	—	—	461 634	—	—	258 394	—	251 850	—	1 059 167	—	1 070 667	—	675 400	—	48 000	—	468 528	—
Anzahl in % der Gesamtzahl	—	—	61 = 100 %	—	—	57,3 %	—	16,4 %	—	19,7 %	—	4,9 %	—	1,7 %	—	1,7 %	—	98,36 %	—
Kapital in % des Gesamtkapitals . .	—	—	28 159 700 =	100 %	—	32,12 %	—	8,94 %	—	45,13 %	—	11,41 %	—	2,40 %	—	0,17 %	—	99,83 %	—

Tabelle V.

Kapital	Anzahl		Gesamtkapital		Durchschnittliches Kapital einer Gesellschaft	Gruppe											
						I.		III.		IV.		VI. A.		VII.		IX.	
		%	Betrag M.	%	M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.
20000	6	10	120 000	0,43	20 000	—	—	—	—	1	20 000	—	—	—	—	—	—
20 001— 50000	11	18,33	395 800	1,41	35 981	—	—	1	30 000	2	100 000	—	—	—	—	—	—
50 001— 100 000	13	21,67	1 046 500	3,72	80 500	1	60 000	—	—	1	60 000	1	75 000	—	—	—	—
100 001— 200 000	5	8,33	647 000	2,30	129 400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
200 001— 300 000	3	5	755 000	2,69	251 666	—	—	—	—	1	255 000	—	—	—	—	—	—
300 001— 400 000	2	3,33	800 000	2,85	400 000	—	—	—	—	1	400 000	—	—	1	400 000	—	—
400 001— 500 000	4	6,67	1 920 000	6,83	480 000	—	—	—	—	1	500 000	—	—	—	—	1	500 000
500 001— 600 000	3	5	1 800 000	6,40	600 000	—	—	—	—	1	600 000	—	—	—	—	—	—
600 001— 700 000	2	3,33	1 375 400	4,89	687 700	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
700 001— 800 000	1	1,67	800 000	2,84	800 000	—	—	—	—	1	800 000	—	—	—	—	—	—
800 001— 900 000	3	5	2 470 000	8,79	823 333	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
900 001—1 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1 000 001—2 000 000	5	8,33	7 482 000	26,61	1 496 400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1 640 000
2 000 001—3 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3 000 001—4 000 000	1	1,67	4 000 000	14,23	4 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4 000 001—5 000 000	1	1,67	4 500 000	16,01	4 500 000	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4 500 000	—	—
Summa	60	100	28 111 700	100	468 528	1	60 000	1	30 000	9	2 735 000	1	75 000	2	4 900 000	2	2 140 000
Durchschnitt	—	—	468 528	—	—	—	60 000	—	30 000	—	303 889	—	75 000	—	2 450 000	—	1 070 000
Größe des Kapitals in den einzelnen Gruppen in % des Gesamtkapitals	—	—	28 111 700 =	100%	—	—	0,21%	—	0,11%	—	9,73 %	—	0,27%	—	17,43%	—	7,61%
Anzahl der Gesellschaften in den einzelnen Gruppen in % der Gesamtzahl	60	% =100	—	—	—	—	1,7 %	—	1,7 %	—	15 %	—	1,7 %	—	3,3 %	—	3,3 %

Tabelle V (Fortsetzung).

Kapital	Gruppe																					
	X.		XII		XIV.		XV.		XVII.		XVII b.		XVIII		XIX.		XX.		XXI			
	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.	Anzahl	Kapital M.		
20 000	—		1	20 000	—	—	—	—	2	40 000	1	20 000	1	20 000	—	—	—	—	—	—		
20 001— 50 000	1	40 000	2	59 000	—	—	—	—	4	146 500	—	—	—	—	—	—	1	20 300	—	—		
50 001— 100 000	—	—	2	160 000	1	100 000	1	85 000	4	344 500	—	—	—	—	2	162 000	—	—	—	—		
100 001— 200 000	—	—	2	312 000	—	—	—	—	1	105 000	—	—	—	—	1	120 000	—	—	1	110 000		
200 001— 300 000	—	—	—	—	1	260 000	—	—	1	240 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
300 001— 400 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
400 001— 500 000	—	—	1	420 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	500 000	—	—	—	—		
500 001— 600 000	—	—	1	600 000	—	—	—	—	1	600 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
600 001— 700 000	—	—	1	675 400	—	—	—	—	1	700 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
700 001— 800 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
800 001— 900 000	1	850 000	2	1 620 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
900 001—1 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
1 000 001—2 000 000	—	—	2	3 392 000	1	1 250 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1200 000		
2 000 001—3 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
3 000 001—4 000 000	—	—	—	—	1	4 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
4 000 001—5 000 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Summa	2	890 000	14	7 258 400	4	5 610 000	1	85 000	14	2 176 000	1	20 000	1	20 000	4	782 000	1	20 300	2	1 310 000		
Durchschnitt . . .	—	445 000	—	518 457	—	1 402 500	—	85 000	—	155 429	—	20 000	—	20 000	—	195 500	—	20 300	—	655 000		
Grösse des Kapitals in den einzelnen Gruppen in % des Gesamtkapitals	—	3,17 %	—	25,82 %	—	19,96 %	—	0,30 %	—	7,74 %	—	0,07 %	—	0,07 %	—	2,78 %	—	0,07 %	—	4,66 %		
Anzahl der Gesellschaften in den einzelnen Gruppen in % der Gesamtzahl	—	3,3 %	—	23,3 %	—	6,6 %	—	1,7 %	—	23,3 %	—	1,7 %	—	1,7 %	—	6,6 %	—	1,7 %	—	3,3 %		

malien, die verschwinden werden, sobald man erst mit gröfseren Zahlen zu rechnen hat. Von den preufsischen Provinzen haben nur Westpreufsen und Posen die Gründung keiner Gesellschaft aufzuweisen. Im übrigen Reiche war die Gründungsthätigkeit auf diesem Gebiete nicht sehr bedeutend, mehrere Staaten und Länder fehlen ganz in der Liste und darunter auch das industriereiche, gewerbthätige und kapitalkräftige Elsafs-Lothringen.

Hinsichtlich der Gröfse des Kapitals der einzelnen Gesellschaften (vergl. Tabelle IV und V)

überwiegen diejenigen mit kleinem Kapital. 38 Gesellschaften oder 63,33 % der zur Zeit bestehenden weisen ein Kapital auf, das M. 300 000 nicht überschreitet. 15 Gesellschaften oder 24 % haben ein mittleres Kapital von M. 300 000 bis zu einer Million. Bei 7 Gesellschaften oder 11,67 % übersteigt das Kapital eine Million. Das gröfste Kapital, M. 4 500 000, besitzt die chemische Fabrik Kalk, während das gesetzliche Minimalkapital von M. 20 000 6 Gesellschaften (10 %) aufweisen. Neugründungen haben ziemlich im gleichen Prozentverhältnis bei den drei Kapitalskategorieen stattgefunden, während die Umwandlungen von Einzelfirmen vorwiegend bei kleinem und mittlerem, diejenigen von offenen Handelsgesellschaften und Aktiengesellschaften bei mittlerem und grofsem Kapital stattgefunden haben.

Von den bei Errichtung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung am meisten in Betracht kommenden Geschäftsbetrieben umfafst Gruppe IV „Industrie der Steine und Erden" vorwiegend Unternehmungen mit kleinem und mittlerem Kapital. In Gruppe XVII „Handelsgewerbe" überwiegt das kleine Kapital ganz entschieden, während Gruppe XII „Nahrungsmittelindustrie" Gesellschaften jeden Kapitalsumfanges aufweist. Ueber die anderen Gruppen läfst sich vorläufig nicht viel sagen, sie besitzen bei der geringen Anzahl vorhandener Gesellschaften einen noch viel zu wenig ausgeprägten Charakter.

Weitgehende Schlüsse aus dem zur Zeit vorliegenden Materiale über die neue Gesellschaftsform ziehen zu wollen, ist nicht wohl angängig, da die Zahl der bis jetzt bestehenden Gesellschaften eine noch zu kleine ist. Die vorstehende Darlegung bezweckt auch nichts weiter, als eine kurze Uebersicht über den Stand der Angelegenheit zu geben. Im neuen Jahre scheint die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung in schnelleren Flufs zu kommen, denn bis Anfang April wurden allein schon 47 Gesellschaften nach den Vorschriften des neuen Gesetzes errichtet.

XIII.

Die Arbeitszeit im Bäckerei- und Konditoreigewerbe.

Von Prof. Dr. W. Stieda in Rostock i. M.

In der Erörterung über zulässige und wünschenswerte Veränderungen unserer heutigen sozialen Gesetzgebung spielt die Einführung des Normalarbeitstages in den letzten Jahren eine wesentliche Rolle. Wiederholt hat der Reichstag, dem bereits 1869 bei Beratung der Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund darauf bezügliche Entwürfe vorgelegt waren, sich mit diesem Thema zu beschäftigen gehabt[1]). Ja man ist insofern bereits vorschwebenden Zielen näher gekommen, als man einen beschränkten Arbeitstag wenigstens für Fabrikarbeiterinnen gesetzlich eingeführt und dem Bundesrat die Befugnis erteilt hat (§ 120[e]), für Gewerbe, in denen durch übermäfsige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit vorzuschreiben.

Ueber die Dauer der wirklichen täglichen Arbeitszeit, sei es in der Grofsindustrie oder im Kleingewerbe, im Handel oder in Verkehrsanstalten, ist man noch wenig unterrichtet. Die Mitteilungen, die in den Berichten der Fabrikaufsichtsbeamten hierüber enthalten sind, lassen ein sicheres Urteil nicht zu, sondern geben wohl mehr die Extreme als Durchschnittsverhältnisse an. In der Hauptsache scheint in Fabriken ein 11- bis 12-stündiger wirklicher Arbeitstag sich eingebürgert zu haben, der in den meisten Fällen sich von 6 Uhr früh bis abends 7 Uhr erstreckt, mit Pausen von je einer halben Stunde vormittags und nachmittags und einer Stunde mittags.

Sollte eine derartige tägliche Arbeitszeit in der That die gewohnheitsmäfsige in Deutschland geworden sein, so erleidet sie doch viele Ausnahmen, und unter den Gewerben, die in dieser Hinsicht weniger befriedigende Zustände erkennen lassen, haben Bäckerei und Konditorei neuerdings die Aufmerskamkeit besonders auf sich gelenkt. Vor bald 3 Jahren veröffentlichte Bebel eine Schrift: „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien", zu der er das Material im Spätherbste 1889 auf gegen 5000 an Bäcker und Berufsgenossen verteilten Fragebogen gesammelt hatte. Ihm folgte in demselben Jahre eine in ähnlicher Weise von Anton Seidl unternommene Untersuchung über die Bäckereien Münchens[2]) und im vorigen Jahre er-

1) Vergl den Artikel „Normalarbeitstag" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.
2) Ergebnis der statistischen Erhebungen im Bäckereigewerbe. München 1890.

blickten die Ergebnisse einer vom Gewerkverein der Bäckergesellen Bremens und Umgegend veranstalteten statistischen Erhebung unter dem Titel: „Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe und die notwendigsten Aufgaben der Bäckerbewegung“ das Licht der Welt. Dann wurde in der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs [1]) ein interessanter Beitrag zur Beurteilung der Krankheitsgefahr im Bäckergewerbe mitgeteilt, und endlich hat die neu errichtete Kommission für Arbeiterstatistik, vom Reichskanzler im Juni vorigen Jahres dazu veranlafst, die Ergebnisse einer Erhebung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien soeben veröffentlicht [2]).

Es ist nicht das erste Mal, dafs das wissenschaftliche Interesse sich dem genannten Gewerbe zuwendet. Bei der grofsen Wichtigkeit, die die Herstellung gesunden Brotes für die Allgemeinheit hat, ist man von jeher bestrebt gewesen, gerade auf diese Produktion ein wachsames Auge zu haben. Von jener Mafsregel an, die im Augsburger Stadtrecht des zwölften Jahrhunderts den Verkauf von „veichenbrod“, d. h. nicht ausgebackenem Brote, unter Strafe stellte, bis zu den neuesten Gesetzen über die Verfälschung von Nahrungsmitteln ist das Brot ein Gegenstand der öffentlichen Fürsorge gewesen und hat man sich angelegen sein lassen, die Thätigkeit derer, die es erzeugten, zu überwachen [3]).

In neuerer Zeit rief vor etwa 30 Jahren die englische, besonders die Londoner Bäckerei, den Unwillen des Publikums hervor. Erst waren es die Brotverfälschungen, dann die Klagen und Beschwerden der Londoner Bäckergesellen, die einen Sturm von Entrüstung ausbrechen liefsen und zur Einsetzung eines königlichen Untersuchungsausschusses führten, der die Richtigkeit der getadelten Mifsstände prüfen sollte. Aus dem Bericht, den der Kommissar, Herr H. S. Tremenheere, im Jahre 1863 veröffentlichte [4]), ergab sich allerdings eine Ueberarbeitung, wie sie schlimmer nicht gedacht werden konnte und kaum ihresgleichen gefunden haben dürfte. Er zählte die Bäckergesellen zu den kurzlebigen Arbeitern, die selten das 42. Lebensjahr erreichten. Aber trotz der wenig anmutenden Einzelheiten wurde damals doch nicht mehr erzielt, als dafs durch einen Parlamentsakt für Bäckergesellen unter 18 Jahren die Thätigkeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten wurde.

Ob diese Zustände in England zu den überwundenen gehören, bleibe dahingestellt. Bei uns hat nach den Ergebnissen der offiziellen Erhebung der Mifsstand zwar nicht eine entfernt ähnliche Höhe erreicht, immerhin macht er sich doch in einem Umfange geltend, der den Erlafs gesetzlicher Mafsnahmen begründet erscheinen läfst.

Nach der Gewerbestatistik von 1882 gab es im Deutschen Reich [5]) 80 117 Bäckerei- und Konditoreibetriebe, in denen 176 137 Personen thätig waren. Ein erheblicher Teil aller Bäckereien und Konditoreien, nämlich 26 442, fällt in die Kategorie der Alleinbetriebe, und 53 675 stellen sich

---

1) N. F. Bd. 59. 1892.

2) Erhebung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien. Veranstaltet im September 1892. Bearbeitet im kaiserlichen statistischen Amt. Berlin 1892. 83. SS. gr. 8°.

3) Vergl. neuerdings Eugen Nübling, Ulms Lebensmittel-Gewerbe im Mittelalter. Ulm 1892.

4) Bei Karl Marx, Das Kapital. 2. Aufl. S. 242—246, mitgeteilt.

5) Statistik des Deutschen Reichs, N. F. Bd. 6, 1, I, S. 18, 19.

als Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorenbetriebe dar. In den letzteren befanden sich 92 437 männliche und 9217 weibliche Personen in der Stellung des arbeitenden Hilfspersonals. Die jüngste Erhebung erstreckte sich nun auf 5709 Betriebe; aber da nicht alle Betriebe die ihnen zugesandten Fragebogen beantworteten und nicht alle eingegangenen benutzbare Angaben enthielten, liegen die Ergebnisse aus nur 5347 Betrieben vor, die zusammen 13 060 Hilfspersonen, fast ausschliefslich männliche, beschäftigen. Demnach lernen wir die Verhältnisse von etwa 10 Proz. aller Betriebe und 14 Proz. aller männlichen Hilfsarbeiter kennen. Sicher darf man eine Statistik derartigen Umfangs als ausreichend bezeichnen, um die für die heutige deutsche Bäckerei und Konditorei typischen Formen herauszufinden.

Der modernen Auffassung über die Gleichberechtigung der bei den einen Arbeitsvertrag abschliefsenden Parteien gemäfs hat man sich bei der Befragung nicht auf die Unternehmer beschränkt, sondern gleichzeitig auch die Arbeiter zu Aussagen aufgefordert. Von den bearbeiteten Fragebogen sind 51,6 Proz. von ersteren und 48,4 Proz. von letzteren ausgefüllt worden.

Um endlich eine Gewähr in der Richtung zu erhalten, dafs man nicht örtlich bedingte Zustände verallgemeinere, aber doch gleichzeitig von den provinziellen Verschiedenheiten eine Vorstellung sich bilden könne, hat man die Fragebogen nach verschiedenen Gebietsteilen des Deutschen Reichs versandt und innerhalb dieser sich mit Bedacht an gröfsere und kleinere Ortschaften gewandt. Von den Betrieben, auf die die bearbeiteten Fragebogen sich beziehen, sind 1348 in Grofsstädten (100 000 und mehr Einwohner), 2108 in Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Einwohner), 1196 in Kleinstädten (5000 bis 20 000 Einwohner), 461 in Landstädten (2000 bis 5000 Einwohner) und 234 in Orten unter 2000 Einwohnern belegen. Letztere sind naturgemäfs weniger berücksichtigt worden, weil sie überhaupt wenig Bäckereien aufweisen und diese aufserdem verhältnismäfsig selten mit Gehilfen thätig sind.

Die Hauptfrage nun, auf deren Beantwortung es abgesehen war, ist die nach der Dauer der Arbeitszeit. Neben ihr hat man noch über die Lehrlingsverhältnisse, die Wohnungszustände und die Anwendung von Arbeitsmaschinen Aufklärung gesucht. Indes treten wenigstens bezüglich der beiden letzten Punkte die Mitteilungen räumlich zurück. Das Lehrlingswesen aber ist eine so schwerwiegende Materie, dafs sie eine gesonderte Behandlung verdient, die zweckmäfsigerweise heute hier lieber unterbleibt.

Je nach der Art des Geschäfts fällt die Dauer der Arbeitszeit verschieden aus. Zunächst sind Bäckereien und Konditoreien auseinanderzuhalten, bei deren Unterscheidung ohne Namhaftmachung von Merkmalen wohl die landläufige Gruppierung mafsgebend gewesen ist. Weiter sind die ersteren geschieden in „gewöhnliche Bäckereien", d. h. solche, die in der hergebrachten und durch das Verlangen des Publikums nach frischem Gebäck am Morgen bedingten Weise einen mehr oder weniger bedeutenden Teil der Nacht zu Hilfe nehmen, und „Tagebäckereien", d. h. solche, deren Arbeitszeit ganz oder zum allergröfsten Teil in die Tagesstunden (von $5^1/_2$ Uhr morgens bis $8^1/_2$ Uhr abends) fällt. Die letzteren sind spärlich gesäet, denn von den erforschten Betrieben machen sie nur 6 Proz. aus, während auf die Konditoreien 8,9 Proz. und die gewöhnlichen Bäckereien

85,1 Proz. kommen. Eine besondere Stellung nehmen die Ladengeschäfte, sowie die nicht zahlreichen Bäckereien, die nicht täglich backen, und die wenigen Bäckereien, die einen ununterbrochenen, rein fabrikmäfsigen Betrieb haben, ein.

In allen diesen verschiedenen Arten haben es nun die Gehilfen am besten in den Bäckereien, die nicht täglich backen. Einmal sind diese gröfstenteils nur bei Tage thätig und ferner betrug die Dauer der Arbeitszeit einschliefslich der Pausen meistens 9 Stunden und weniger, nur in 4 Betrieben 14—16 Stunden. Freilich will in Betracht gezogen sein, dafs das Hilfspersonal an den Tagen, wo nicht gebacken wird, in anderen mit der Bäckerei verbundenen Nebenbetrieben beschäftigt ist, wie Landwirtschaft, Brauerei, Brennerei, Gastwirtschaft. Ob es sich hier um Erholungsarbeiten handelt, ist doch mehr als fraglich.

Schon weniger gut ist die Lage der Gesellen in den Tagebäckereien, deren Zahl auf 273 Betriebe angegeben ist. Die Dauer der für Haupt- und Nebenarbeit aufzuwendenden Zeit beläuft sich nach Abzug der Pausen in 76,9 Proz. der Gehilfenbetriebe auf 12 und weniger Stunden, in 16,5 Proz. auf 12—14 Stunden, in 5,1 Proz. auf 14—16 Stunden und in 0,4 Proz. auf 16 Stunden. In 1,1 Proz. aller Betriebe liefs sich die Zahl der Stunden nicht bestimmen. Die Sache wird dadurch nicht besser, dafs Ueberarbeit regelmäfsig, an einzelnen Wochentagen in 29,6 Proz., vor Festtagen u. s. w. in 66,7 Proz. aller von der Umfrage betroffenen Tagebäckereien vorkommt.

Noch unerfreulichere Bilder rollt uns die Statistik über die Arbeitszeit der in den 406 Konditoreien beschäftigten Gesellen auf. Allerdings wird im allgemeinen nur am Tage gebacken, aber die Zeit wird gut ausgenutzt. Bei je 100 Konditoreien, in denen Gesellen beschäftigt werden, dauert die Arbeit nach Abzug der Pausen in 65 Betrieben 12 Stunden und weniger, in 31 Betrieben 12—14 Stunden und in 1 Betriebe 14 bis 16 Stunden. In 3 Betrieben konnte die Zahl von Stunden nicht festgestellt werden. Ueberarbeit ist bei dem dritten Teil aller Geschäfte üblich; wie oft und wie lange, konnte nicht ermittelt werden.

Bei den gewöhnlichen Bäckereien, von denen über 4551 die Auskunft vorliegt, unterscheidet unsere Quelle die Arbeitszeit je nachdem, ob sie vor den Wochentagen oder vor Sonntag beginnt. Diese Trennung ist im Hinblick darauf gewählt worden, dafs in nicht wenigen Bäckereien sich die Arbeitszeit über 2 Kalendertage erstreckt. Unter der Arbeit, die „vor Sonntag" beginnt, wird die Arbeit verstanden, die ganz oder teilweise in die Nacht vom Sonnabend auf Sonntag fällt, ohne Rücksicht darauf, ob sie vor oder nach Mitternacht anfängt; d. h. mithin, wo das letztere der Fall, die am Sonntag früh beginnende Arbeit. Die Gesamtarbeitszeit der Gesellen vor den Wochentagen dauert mit Einschlufs der Pausen in 53 Proz. aller Fälle 12 Stunden oder weniger, in 29 Proz. 12—14 Stunden, in 13 Proz. 14—16 Stunden, in 3 Proz. 16—18 Stunden und in 0,7 Proz. mehr als 18 Stunden. In 6 Proz. aller Fälle konnte die Zahl der Arbeitsstunden nicht bestimmt werden. Die Pausen sind bei dieser Berechnung nicht in Abzug gebracht worden, weil die Angaben über ihre Dauer sehr ungenau ausgefallen sind, auch ändert sich die Bedeutung der Pausen für das Urteil

über die Arbeitszeit, je nachdem die Arbeit streng ist. Endlich sind die Pausen nach ihrer Dauer und Aufeinanderfolge von verschiedenem Wert für die Erholung der Arbeiter.

Von sehr erheblicher Dauer ist die Arbeitszeit in den Ladengeschäften. In denen der Bäckereien dauert die Verkaufszeit bei 7,4 Proz. aller 14 oder weniger Stunden, bei 56,7 Proz. 14—16 Stunden, bei 35,4 Proz. mehr als 16 Stunden. In denen der Konditoreien ist die Verkaufszeit durchschnittlich bedeutend kürzer: sie beträgt 14 oder weniger Stunden in 32 Proz., mehr als 16 Stunden nur in 6 Proz. aller Geschäfte. Es handelt sich hier fast ausschliefslich um Personen weiblichen Geschlechts. Nur in den Konditoreien, insbesondere in den grofsstädtischen, sind etwas mehr männliche Verkäufer beschäftigt.

Sehen wir von den Ladengeschäften ab, wo die Arbeit, wenn sie auch eine ermüdende ist, doch keinesfalls unter gesundheitsschädlichen Einflüssen sich abspielt, so ist bei der Thätigkeit der Gehilfen in Betracht zu ziehen, dafs sie in Räumen vor sich geht, die vielfach eng und finster sind, vor allem aber durch die unvermeidliche Hitze und die mit Mehlstaub geschwängerte Luft einen wenig erfreulichen Aufenthalt bieten. Erwägt man diese Umstände, so erfährt die Thatsache, dafs in einem grofsen Teile der Bäckereien und Konditoreien die Arbeit das ganze Jahr hindurch von keinem vollen Ruhetage, 24 Stunden, unterbrochen wird, eine eigenartige Beleuchtung. In manchen Gegenden, fügt unsere Quelle dieser Bemerkung erläuternd hinzu, haben die Bäckergesellen einen freien Tag nur, wenn sie stellenlos sind. Nur in wenigen Gegenden (in den Regierungsbezirken Münster und Düsseldorf) ist es üblich, dafs ein grofser Teil der Bäckereien alle Sonntage den Betrieb mindestens 24 Stunden einstellt. Die ruhige Geschäftszeit von 1, 2 und mehr Wochen, die in sehr vielen Bäckereien und Konditoreien nach Weihnachten eintritt, und die zahlreichen Beurlaubungen zu Reisen in die Heimat und dergleichen, die in geschäftsschwachen Jahreszeiten vorkommen, entschädigen offenbar nur unvollkommen für die grofse Anstrengung in dem übrigen Teile des Jahres

Eine häfsliche Seite im Bäckereigewerbe ist auch die angestrengte Beschäftigung von Lehrlingen. Die oben erwähnten 4551 gewöhnlichen Bäckereien arbeiten mit 3440 Lehrlingen gegenüber einer Gesamtzahl von 6029 Gesellen. Von diesen Lehrlingen sind 53 Proz. unter, 47 Proz. über 16 Jahre alt. Und diese gröfstenteils noch in ihrer körperlichen Entwickelung begriffenen jungen Leute sind in ihrer Arbeitszeit, deren Lage in den Nachtstunden, der Dauer und Unbestimmtheit der Pausen den Gesellen vollkommen gleich gestellt. Unter anderem sind 34 Betriebe (1,5 Proz. aller) ermittelt, in denen die Arbeitszeit der Lehrlinge 18 Stunden übersteigt. Man ist erstaunt zu hören, dafs bei solcher Ungunst der Verhältnisse immer noch 1351 Bäckereien ihre Lehrlinge zum Besuch von Fach-, Fortbildungs-, Sonn- und Feiertagsschulen anhalten. Freilich findet der Schulbesuch zum Teil nur Sonntags statt. In den Tagebäckereien und Konditoreien haben es die Lehrlinge insofern etwas besser, als in diesen die Arbeitszeit durchschnittlich kürzer ist als in den gewöhnlichen Bäckereien. Zum Schulbesuch halten aber hier nur 45,2 Proz. aller Betriebe ihre Lehrlinge an.

Nach allen diesem mufs es sicher als wünschenswert bezeichnet werden, wenn sich das Einschreiten der Gesetzgebung behufs Festsetzung einer kürzeren Arbeitszeit ermöglichen liefse. Aber ebenso sicher ist es, dafs gerade hier die Schwierigkeiten der Reform sich häufen. Sie zeigen sich zunächst in dem Bedürfnis des Publikums nach frischen Backwaren, das für die Zeit der Arbeit (Nacht) bestimmend ist, in seinen plötzlichen Bestellungen, in dem zeitweise gröfseren Bedarf bei festlichen Gelegenheiten. Ferner ist der Backprozefs abhängig von der Witterung, von der Güte der Hefe, der Beschaffenheit des Sauerteiges, der Bauart der Oefen. Alle diese Momente bewirken eine nicht zu umgehende Unregelmäfsigkeit und verlangen gelegentlich Verlängerung der Arbeitszeit. Endlich ist nicht zu vergessen, dafs in den kleineren Bäckereien, die keine weitgetriebene Arbeitsteilung aufweisen, der Fleifs und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter grofsen Einfluſs auf die Dauer der Thätigkeit auszuüben vermögen. Einer der befragten Meister erklärte, dafs er Gesellen gehabt habe, die mit der Arbeit bei derselben Anfangszeit und denselben Ruhepausen (Anfang 7 Uhr abends mit $4^1/_2$ Stunden Ruhepausen) morgens um 7 Uhr fertig waren, während andere erst gegen Mittag fertig wurden, da sie keinen Trieb zeigten, die Arbeit schnell zu beenden. Je genauer die Backstubenarbeit und Ofenarbeit ineinandergreifen, desto kürzer fällt die Arbeitszeit aus; auch ist es von Einfluſs, ob diese Thätigkeiten von derselben Person oder von verschiedenen verrichtet werden.

Man könnte sich nun wohl denken, dafs ein Teil dieser Eigentümlichkeiten durch häufigere Anwendung von Maschinen und zahlreichere Einstellung von Arbeitern beseitigt werden würde. Gewifs ermöglichen die Maschinen raschere Erledigung der Arbeit und geringere Anstrengung der Gehülfen. Zur Zeit sind sie noch wenig verbreitet; von allen Bäckereien kannten nur wenig mehr als die Hälfte — 53,8 Proz. — sie, und in den Konditoreien spielen sie eine noch geringere Rolle. Am häufigsten erscheint die Teigteilmaschine, nämlich in 49 Proz. aller Betriebe, während z. B. die Knetmaschine nur in 5 Proz. aller Bäckereien benutzt wird. Hier zeigt sich mithin noch ein weites Feld zu ersprieslicher Thätigkeit. Nur darf man allerdings nicht übersehen, dafs auf gesetzgeberischem Wege zur Verbreitung dieser und anderer Maschinen, die gleichzeitig eine sauberere und anmutendere Bereitung von Brot und Backwaren in Aussicht stellen, nichts geschehen kann.

Der andere Weg, nämlich Beschäftigung von mehr Arbeitern, hat bei der Kleinheit der meisten Bäckereien nicht viel für sich. Die Bäckerei gehört zu den Gewerben, die für den Kleinbetrieb besonders geeignet erscheinen. Wenn auch in neuerer Zeit in gröfserem Stile geführte Dampfbäckereien, Genossenschaftsbäckereien u. s. w. auftauchen, so wird bei dem Bedürfnis des Publikums, den Ankauf von Backwaren stets frisch und in kleinen Mengen in nächster Nähe seiner Wohnungen besorgen zu können, die Form des Kleinbetriebes nicht erheblich eingeschränkt werden. In kleinen Backstuben aber stehen die Gesellen sich nur zu oft im Wege und lieben die Meister es daher nicht, mit mehr als 1—2 Gesellen oder 1 Gesellen und 1 Lehrling im Durchschnitt zu arbeiten. Es läfst sich auch hier nicht denken, dafs ein Gesetz Abhilfe schaffen könnte.

Alles zusammengenommen spricht die Wahrscheinlichkeit nicht dafür, dafs der Bundesrat in den Ergebnissen dieser Enquete Veranlassung finden wird, zu Gunsten der Gehilfen einzuschreiten. Man wird sich mit den Anregungen begnügen müssen, die für die Bäckerei und Konditorei selbst aus der Vornahme der statistischen Erhebung sich ergeben und von der Zeit erwarten dürfen, dafs sie durch verallgemeinerten Gebrauch von Maschinen das gewifs mitunter schwere Los der Bäckergesellen erleichtern wird. Dagegen kann man eine Verbesserung der Verhältnisse für die Lehrlinge mit Fug und Recht durch gesetzliche Vorschriften erwarten. In Bezug auf die Lehrlingshaltung können Vorkehrungen angeordnet werden, die Kräfte der minderjährigen zu schonen und ihre Beschäftigung über eine gewisse Zahl von Stunden am Tage hinaus zu untersagen. Zweifellos kann eine Bäckerei auf derartige Vorschriften Rücksicht nehmen, da es sich ja immer um die Verwendung von nicht ganz vollwertigen Arbeitskräften handelt. Die Prüfung, ob den Anordnungen gemäfs gearbeitet wird, bleibt dabei freilich höchst schwierig.

In methodologischer Beziehung liefse sich die Enquete in dieser oder jener Richtung bemängeln. Es kann fraglich sein, ob das System der Stichproben in diesem Falle zulässig war, ob sich nicht statt der schriftlichen Befragung eine mündliche mehr empfohlen hätte, gröfsere Oeffentlichkeit des Verfahrens mehr am Platze gewesen wäre. Ich will auf diese immerhin streitigen Fragen hier nicht näher eingehen, wohl aber möchte ich darauf aufmerksam machen, dafs man es mit der Wahl des kaiserlichen statistischen Amts für die Durchführung der Enquete und die Bearbeitung des Materials sehr glücklich getroffen hat. Ich habe in einem vor zwei Jahren veröffentlichten Aufsatz [1]) über Arbeitsämter den Anschlufs dieser neu zu schaffenden Einrichtungen an das statistische Amt des Deutschen Reichs befürwortet, und es freut mich, jetzt zu sehen, dafs dieses sich der ihm anvertrauten Aufgabe in vollkommener Weise entledigt hat. Innerhalb der Grenzen, die der Kommission für Arbeiterstatistik überhaupt gezogen sind, hat das statistische Amt mit einer Klarheit und Genauigkeit gearbeitet, die Ergebnisse so übersichtlich gruppiert und scharf beleuchtet, wie es eben nur von einer in der Ausführung solcher Arbeiten erprobten und bewährten Behörde vorausgesetzt werden konnte. Damit ist nicht gesagt, dafs man auf die Dauer bei diesem Verhältnis stehen bleiben kann. Es wird mit der Zeit unvermeidlich sein, bei gröfseren Aufgaben als der oben gelösten der Kommission für Arbeiterstatistik eine selbständigere Stellung zu verleihen.

1) Grenzboten, 1890, VI, S. 97—104.